

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 8 Mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurze Straße 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graupenhofstraße 6 und Neue Kolonnenstraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengelehrter Reichel, Postfach 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rmt. + 8 Pf. Trägertlohn + 0,50 Rmt. monatlich 1,76 Rmt. + 35 Pf. Trägertlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einfach. Zusendungsgebühren 2,10 Rmt.

Organ für die wertvolle Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3143
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stadlanzeigen 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Ein neuer Hindenburg-Skandal?

Hindenburg soll auf Wilhelms großemwahnsinniges Telegramm geantwortet haben.

Berlin, 23. September. (Eig. Funfbericht.)

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß Hindenburg in einem persönlichen Handschreiben auf das verriete Telegramm des Kaisers zur Einweihung des Tannenberg-Denkmalis geantwortet hat. Ueber den Inhalt ist vorläufig nichts zu erfahren. Die Veröffentlichung dieses Telegramms ist gegen den Wunsch Hindenburgs auf Anregung der sogenannten Generalvertretung der Hohenzollern in Berlin erfolgt.

Der „Vorwärts“ sagt in der Annahme, daß Hindenburg irgend eine Antwort nach Doorn geschickt hat, mit Recht über dessen Verhältnis zu dem ausgerissenen Hohenzoller:

„Kann der erwähnte Präsident der deutschen Republik mit seinem abgelehnten ehemaligen „Kriegsherrn“ noch in der gleichen Form verkehren als er das früher gewohnt war? Er ist heute nicht mehr „Privatmann“. Er ist in allen seinen Handlungen Präsident der Republik und wenn die aufdringliche Taktlosigkeit seines ehemaligen Souveräns den alten Soldaten auch in peinliche Verlegenheit bringt, so konnte die Antwort des Reichspräsidenten auf den Schreibbrief aus Doorn doch nur Klarheit Abweisung solcher privaten Liebesbezeugungen sein. Denn der Generalfeldmarschall des Kaisers hat in dem Augenblick, als er die Kandidatur annahm, Verpflichtungen gegen die Republik übernommen, die zwar ein Wilhelm nicht begreift, die aber trotzdem bestehen. Jeder Deutsche und vor allem jeder Republikaner hat deshalb das Recht zu der Frage: Welche Antwort ist von der Wilhelmsfrage nach Doorn gegangen?“

Uns würde es gar nicht wundern, wenn Hindenburg diese neue Taktlosigkeit begangen hätte. Daß dieser Mann keine Ahnung von den Pflichten hat, die ihm sein Amt auferlegt, und daß er dem Kaiser in keiner Weise gewachsen ist, beweist er ja von Tag zu Tag.

Das zerfallene Porzellan.

Paris, 23. September. (Eig. Funfbericht.)

Die Korrespondenten der großen Pariser Blätter in Genf geben heute übereinstimmend die Auffassung wieder, daß die Rede Hindenburgs anlässlich der Einweihung des Tannenbergdenkmals nicht nur innerhalb der französischen, sondern auch in anderen Delegationen einen außerordentlich peinlichen Eindruck hervorgerufen hat. Im Zusammenhang hiermit habe auch das Telegramm des Kaisers aus Doorn an Hindenburg seine Wirkung nicht verfehlt.

Zentrum gegen Zentrum.

Ein Zentrumsblatt gegen Hindenburg und Marx.

Das Frankfurter Zentrumsorgan, die „Rhein-Mainische Volkszeitung“ bepricht in einem Artikel über die Tannenbergfeier auch die Rede Hindenburgs. Es schreibt u. a.:

„Ganz abgesehen aber von den außenpolitischen Schwierigkeiten und Bestimmungen, die die Tannenbergfeier jetzt unnötigerweise nach sich zieht, ist es eigentlich eine unwürdige Sache, daß man den Reichspräsidenten in Öpreußen sagen läßt, was die verantwortlichen Staatsmänner aus guten und wohlwollenen Gründen weder in Berlin noch in Genf zu sagen für gut befinden. Kann jemand ein vernünftiges Interesse daran haben, die Person des Reichspräsidenten auf diese Weise in den Mittelpunkt außenpolitischer Diskussion zu rücken? Das Deutsche Reich kommt lediglich durch solche Vorgänge in die peinliche Rolle eines trüben Jungs, dem von seinen unsichtbaren Eltern ein dummes Wort verboten wird, der dann aber, wenn hinter der eiterlichen Mahnung die Tür zugeschlagen ist, ganz für sich allein in dem dummen Wort noch einmal laut wiederholt. Es liegt uns fern, dem Reichspräsidenten Vorwürfe zu machen, daß man von einem alten General nicht verlangen kann, daß er die komplizierten und empfindlichen Zusammenhänge der internationalen Politik beherrscht. Diese Überzeugung hat vor seiner Wahl in eine wichtige Rolle gespielt. Nur er aber gewährt es, muß man sich an seine verantwortlichen politischen Ratgeber halten. Der Herr Reichszangler ist ja dabei geblieben.“

Dazu schreibt der „Vorwärts“ mit Recht: „Diese Kritik des Zentrumsblattes an dem eigenen Parteivorsitzenden ist ebenso kräftig wie unteffend.“

Die Haltung des Frankfurter Zentrumsblattes erregt nicht nur von mehr Einfluß, als die Haltung der Schlesischen Volkszeitung, des Breslauer Bruderblattes der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“, erkennen läßt; sie ist auch sehr viel würdiger als die Haltung des Breslauer Zentrumsblattes und der

ganzen Breslauer Zentrumsparlei, die jetzt in so unwürdiger Weise vor dem Hauptgegner der Friedenspolitik des Zentrums in der zweiten Hälfte des Krieges auf dem Bauche liegen. Im übrigen: eine weniger hohe Meinung als das Frankfurter Zentrumsblatt hier über Hindenburg äußert, haben auch wir nicht zu erkennen gegeben. Im Gegenteil! Denn was das Frankfurter Zentrumsblatt dort von Hindenburg sagt, heißt doch im Grunde: „Gott ja, was versteht denn der von der Sache!“ Mitleidige Nachsicht ist der Grundton des Urteils jenes Zentrumsblattes. Kann man den Inhaber eines politischen Amtes überhaupt niedriger einschätzen, als das Frankfurter Zentrumsblatt tut? Es nimmt Hindenburg ja überhaupt nicht ernst. Wir dagegen haben ihn zwar wegen seiner völligen Unzulänglichkeit als Politiker und Staatsmann scharf angegriffen; wir haben ihm aber doch wenigstens die Achtung erwiesen, ihn ernst zu nehmen.

Frankreich dementiert.

Die Schuldenfrage mit Rußland soll nicht bereinigt sein.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Das französische Außenministerium dementiert energisch die vom russischen Außenminister Witwinoff aufgestellte Behauptung, daß zwischen Frankreich und Rußland ein Abkommen in der Schuldenfrage erzielt sei. Die französische Schuldendelegation werde demnächst eine ausführliche Berichtigung der Darstellung Witwinoffs vom Stand der Schuldenverhandlungen veröffentlichen.

Dazu ist zu bemerken, daß zwar Witwinoff mit einem gewissen Recht erklärt hat, es sei ein Abkommen in der Schuldenfrage erzielt worden, nur hat er verschwiegen, daß die russische Schuldendelegation gleichzeitig mit Kreditforderungen an Frankreich herantrat, die abgelehnt wurden, so daß auch die Schuldenverhandlungen bis heute in der Schwebe bleiben.

Preußen und der Reichsschulgesetzentwurf.

Was Preußens Abänderungsanträge besagen.

Berlin, 22. September. (Eigener Bericht.) Die Abänderungsanträge der preußischen Regierung für die Beratung des Schulgesetzes im Reichsrat sind nunmehr formuliert worden. Diese Anträge sehen nach dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ vor, daß im § 2 die Gemeinschaftsschule an erster Stelle genannt wird. Ferner wird bestimmt, daß die Schulen Gemeinschaftsschulen sind oder nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes Bekennnisschulen oder weltliche Schulen. Wichtig sind die Abänderungsanträge, die zum § 18 gestellt worden sind und die das Verfahren der Umwandlung regeln. Es ist zugestanden, daß alle Schulen so lange Gemeinschaftsschulen sind, so lange nicht ein Drittel der Erziehungsberechtigten eine Bekennnisschule oder eine weltliche Schule verlangen. Verlangt ein Drittel der Erziehungsberechtigten die Umwandlung in eine Bekennnisschule und ein zweites Drittel etwa die Umwandlung in eine weltliche Schule, so entscheidet bei einer Abstimmung die absolute Mehrheit.

Entscheidend ist weiterhin der preußische Antrag, in dem gesagt wird, daß die Feststellung des geordneten Schulbetriebes den Ländern überlassen werden soll. Dadurch, daß man diese Feststellung der Zuständigkeit des Reiches entgegen hat, wird es auch möglich sein, die Simultanschule in den Simultanschulländern zu retten, da die Landesregierungen es nunmehr in der Hand haben, die Forderungen hinsichtlich des geordneten Schulbetriebes möglichst hoch zu schrauben. Preußen hat beantragt, daß Frankfurt und Hanau als Simultanschulländer erklärt werden sollen. Hinsichtlich des Religionsunterrichts wird eine Art Einsichtnahme der obersten kirchlichen Instanzen oder ihrer Vertreter zugestanden. In der Finanzfrage ist Preußen mit den übrigen Ländern darin einig, daß die Mehrkosten das Reich zu tragen hat.

Die evangelische Kirchenregierung Badens gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

Karlsruhe, 22. September. Die evangelische Kirchenregierung Badens hat eine Entschließung angenommen, in der sie in Übereinstimmung mit der Landesynode gegen die durch den Reichsschulgesetzentwurf drohende Entrechtung der evangelischen Kirche protestiert und die Erhaltung des gegenwärtig durch die badische Simultanschule bestehenden Gesetzeszustandes fordert.

Ostpreußenfahrt.

1. Die wirtschaftliche Lage.

Der Ostausflug des Preussischen Landtages hat Anfang September in Begleitung von Vertretern der Preussischen Ministerien und von Mitgliedern der ostpreussischen Staats- und Selbstverwaltungsbehörden die Provinz Ostpreußen bereist, um ihre besonderen Räte in Augenschein zu nehmen. Der von der Provinzialverwaltung sorgfältig vorbereitete und technisch recht gut durchgeführte Reiseplan führte durch sämtliche vier Regierungsbezirke der Provinz, ausgehend von Königsberg und endete nach einer landschaftlich teilweise sehr schönen Fahrt vornehmlich längs der ostpreussischen Ost- und Südgrenze in den bei Deutschland verbliebenen Teilen der früheren Provinz Westpreußen, Marienwerder, Marienburg und Ebbing, die die Erinnerung an ihre frühere Zugehörigkeit noch in dem gleichnamigen heutigen Regierungsbezirk tragen.

Ostpreußen ist durch die neue Grenzziehung überaus hart betroffen. Der polnische Korridor legt sich in einer Breite von mehr als 100 Kilometern zwischen die Provinz und das übrige Reich. Eine Reihe von Schwierigkeiten des Verkehrs, des Tarifwesens, des Abzuges ist die Folge, ganz zu schweigen von dem schweren psychischen Druck, den das Vorhandensein des Korridors auf die Bevölkerung der Provinz ausübt und von dessen Wirkung man sich außerhalb Ostpreußens nur schwer eine Vorstellung machen kann. Die Abtrennung Ostpreußens von einer so wichtigen Verkehrsader, wie es die Weichsel ist, kommt erschwerend hinzu. Der einzige sogenannte Zugang der ostpreussischen Bevölkerung zur Weichsel ist kaum als eine formale Erfüllung der im Versailler Vertrage enthaltenen Forderung anzusehen und bleibt wirtschaftlich völlig wertlos. Die Abtrennung einzelner Teile wie des Memelgebiets, der Soldauer Erde sowie die Trennung der westpreussischen Kreise von wichtigen Gebieten ihres westlichen Hinterlandes durch den Versailler Vertrag schafft zusätzliche Schwierigkeiten für eine Reihe von Städten, deren Wirtschaftskraft und Verbindungen dadurch schwer beeinträchtigt sind.

Zu diesen Räten treten Probleme, die durch die Gestaltung der Verhältnisse in Osteuropa bedingt sind. Ostpreußen hat keine Grenze mit Rußland mehr und ist für die unmittelbare Verbindung mit ihm auf den Seeweg angewiesen. Rings um die Provinz herum legt sich der polnische Staat, der auch das nördlich an die Provinz angrenzende Litauen von Rußland trennt. Der Handel mit Rußland, vor allem auch der Transithandel für Waren, für die Königsberg den Austausch zwischen Rußland und dem übrigen Europa vermittelte, ist infolge des Schrumpfens der Ein- und Ausfuhr von Rußland lange Jahre hindurch völlig zum Stillstand gekommen und beginnt sich erst jetzt wieder vor allem für den russischen Export von Getreide und Linsen zu einem Bruchteil des Vorkriegswerts zu heben. Dabei fördert die Königsberger Stadtverwaltung diese Entwicklung durch einen großzügigen Ausbau des Hafengebiets und eine vorausschauende Kredithilfe; eine den wirtschaftlichen Notwendigkeiten entsprechende Kommunalpolitik, deren Wert in allen Kreisen der Bevölkerung gewürdigt wird. Die Bedeutung der Entwicklung des russischen Wirtschaftslebens für Ostpreußen scheint allgemein erkannt zu werden. Stimmen von Bedeutung, die die neu angebahnten und vertieften Beziehungen aus Abneigung gegen Rußlands gegenwärtige Staatsform ablehnen, waren in Ostpreußen nicht zu vernehmen. Vielmehr gewinnt man den deutlichen Eindruck, daß weite bürgerliche Kreise Ostpreußens in Landwirtschaft und Handel an einer weiteren ständigen Belebung der russischen Wirtschaft und an der Fernhaltung von Störungen des russischen Marktes lebhaft interessiert sind; eine antirussische Politik, die Konflikte heraufzubewahren draßt, würde in Ostpreußen nicht nur von der Arbeiterschaft scharf bekämpft werden, sondern auch im Bürgertum auf entschiedene Ablehnung stoßen.

Daß eine Belebung des ostpreussischen Handels nicht nur von einer weiteren Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen, sondern auch von der Wiederaufnahme der handelspolitischen Verbindungen mit Polen abhängt, ist der Wirklichkeit in Ostpreußen klar. In Reseraten und Kundgebungen hat man diese Auffassung nicht, weil sie dem die öffentliche Meinung beherrschenden Großgrundbesitz unangenehm ist, desto mehr in privaten Gesprächen. Der Handel leidet unter dem polnischen Zollkrieg auch dort, wenn auch aus verschiedenen Gründen nicht in dem Maße wie der schlesische Handel. Für eine Reihe wichtiger Artikel, für die der ostpreussische Handel früher die Vermittlung nach Polen vorgenommen hatte, ist eine völlige Störung eingetreten. Auch die Röhren für die Erzeugung einer anderen Qualität fast durchweg nach Polen abgesetzt werden, leiden aus schwerer unter dem Fehlen jedes Absatzes infolge des Zollkrieges und bilden einen Teil der am stärksten durch die handelspolitischen Verhältnisse bedrückten Bevölkerung, welche sich gegenüber den großen Wirtschaftsmächten mit ihren Inter-

essen durchsetzen zu können. Daß ein Anstoß zum baldigen Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages von irgend einer nennenswerten Schicht der Bevölkerung Ostpreußens ausgehen könnte, ist ausgeschlossen. Die Landwirtschaft unter Führung des Landbundes kämpft um die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes und kritisiert erbittert bereits die von deutscher Seite gemachten Zugeständnisse als zu weitgehend, Handel aber und die hier vorherrschenden, für Agrargebiete typischen Industrien, wie Sägewerke, Ziegeleien, Leinwandmüllereien und Maschinenbau sind in völliger Abhängigkeit von der Handelswirtschaft. So hat der Präsident der Königsberger Industrie- und Handelskammer ausdrücklich auf die Geltendmachung eigener Wünsche zum deutsch-polnischen Handelsverhältnis verzichtet und sich den „deutschen Gesamtinteressen“ auf diesem Gebiet zu unterwerfen erklärt, der Vizepräsident die Frage überhaupt nicht berührt. Der Syndikus für den Regierungsbezirk Allenstein Sonderinteressen von Industrie und Handel in diesem Gebiete überhaupt verneint, alle drei aber die Hilfe für die Landwirtschaft als Grundlage auch des Gedeihens von Industrie und Handel bezeichnet. Die Einseitigkeit der wirtschaftlichen Zusammenfassung macht sich bis in die Arbeiterschaft hinein geltend. Eine Industriearbeiterschaft ist bei dem Fehlen aller wichtigen Industrien infolge der weiten Entfernung einer Kohlen- und Erzfabrik in nennenswertem Umfang nicht vorhanden, das Landproletariat an handelspolitischen Problemen wenig interessiert. Einen beträchtlicheren zahlenmäßigen Einfluß übt die Arbeiterschaft lediglich in Königsberg, der einzigen Großstadt der Provinz, und in Elbing im Bezirk Westpreußen aus, wo sich in der Schiffbauindustrie und in der Kraftwagenfabrik von Kommod Großbetriebe über die schwierigsten Zeiten hinweg erhalten haben und nunmehr wieder über einen erheblichen Auftragsbestand verfügen. Auf der Schiffbauindustrie ist die Zahl der Arbeiter im letzten Jahre bedeutend gesteigert worden; sie kommt jetzt auf 4000 heran, so daß die Miete der Arbeitslosigkeit, die lange Jahre auf der Wohnerschaft der dortigen Stadt lasteten, jetzt fast völlig behoben sind. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse auf der Werft sind nach wie vor überaus unbefriedigend.

Die vorwiegend agrarische Struktur der Provinz — 81 Prozent der Bevölkerung wohnen in Landgemeinden bei 83 Prozent Reichsdurchschnitt — hat den Grundbesitz zum wirtschaftlich beherrschenden Faktor gemacht. In völliger Einmütigkeit, die auf eine recht gute propagandistische Organisation der Landwirtschaft hindeutet, sehen die Vertreter des gesamten Unternehmertums bis zum Handwerk Wiederherstellung oder Verbesserung der Rentabilität der Landwirtschaft als Voraussetzung der Neublüte ihrer Erwerbswege an. Die Geschichte der ostpreussischen Landwirtschaftskammer unter Führung ihres Präsidenten Dr. Brandes, der zugleich Vorsitzender des ostpreussischen Provinzialausschusses und Präsident der Hauptlandwirtschaftskammer für Preußen ist, erleichtert der Landwirtschaft ein geschlossenes Auftreten. Die Bauernschaft beginnt sich erst langsam zu regen und befindet sich vorläufig noch zum größten Teil im Gefolge des Großgrundbesitzes. Die Landwirtschaft ringt sich allmählich zu einer politisch selbständigeren Stellung durch. Sie ist besonders im Großgrundbesitz so elend exploziert, wie in keinem anderen preussischen Gebietsteil, auch nicht in Schleßen, haust in jammervollen Wohnungen, und leidet unter rühriger Führung, aber äußerst schwierigen Verhältnissen, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Ostpreußen ist in geringerem Maße eine Provinz des Großgrundbesitzes, wie es Oberschlesien und Teile von Mittelschlesien sind. In den Bezirken Allenstein und Westpreußen herrscht der bäuerliche Besitz vor. Auch die Zusammenfassung so gewaltiger Komplexe in einer Hand wie in Schleßen, findet man in Ostpreußen kaum. Die Schwierigkeiten für den ostpreussischen Großgrundbesitz, die seine Lage ungünstiger gehalten, als in den anderen östlichen Provinzen, betreffen vor allem die Fracht- und Kreditverhältnisse. Der Bauer fürchtet vornehmlich den Import billiger polnischer Schweine, eine Beforgnis, die der Großgrundbesitz in geschickter Weise ausnützt, um die Einheitsfront der verschiedenen landwirtschaftlichen Größenklassen gegen einen deutsch-polnischen Handelsvertrag herzustellen, ohne freilich dabei das für ihn gefährliche Diskussions Thema der Zollfreiheit für Futtermittel zu berühren. Die Notwendigkeit der Kontingenzierung der Einfuhr von Schweinen und Kartoffeln beim

Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages wird von der gesamten ostpreussischen Landwirtschaft in Anlehnung an eine viel zitierte Schrift des Prof. Dr. Redmann (König) über „Ostpreußen und Polen“ entschieden verfochten. Krasse Notstände unter den landwirtschaftlichen Besitzern weisen bestimmte mafurische Gebiete im Süden der Provinz, vor allem die Kreise Johannisburg und Ortelburg, auf. Unfruchtbare Sandböden, ungünstige Verkehrsverhältnisse, unzureichende Besitzgrößen haben hier von jeher einen Grad der Verarmung und ein Elend bewirkt, das jenseits Eingreifen verlangt. Aufzucht und Umsehlung stellen die Methoden dar, mit denen diesen Notständen auf die Dauer allein radikal begegnet werden kann.

Die Vorschuhzahlungen an die Beamten.

Unpolitische Staffeleien auch hier. Für die Vorschuhzahlungen an die Beamten wurde am Donnerstag im Haushaltsausschuß des Reichstages nach Ablehnung weitgehender Anträge der Reichstagsmajorität der Vorschlag des Reichsfinanzministeriums angenommen: Mit Wirkung vom 1. Oktober sollen bis zur Verabschiedung des neuen Besoldungsgesetzes an monatlichen Vorschüssen erhalten: die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 5: Verheiratete 25, Ledige 20 Mark, Gruppe 6 bis 8: Verheiratete 30, Ledige 25 Mark, Gruppe 9 bis 11: Verheiratete 50, Ledige 40 Mark, Gruppe 12 und höher: Verheiratete 70, Ledige 60 Mark, außerplanmäßige Beamte 20 Mark, Wartegeld- und Ruhegeldempfänger, sowie Empfänger von Hinterbliebenenbezügen 10 Prozent der Wartegelbesoldung usw., aber unter Ausschluß der Frauen- und Kinderzuschläge, jedoch nicht mehr als 70 Mark, Offiziere und Soldaten der Reichswehr, sowie Polizeibeamte des Reichswasserbeschutzes in Besoldungsgruppe 1 und 2: Verheiratete 5 Mark, Gruppe 3 bis 8: Verheiratete 15 Mark, Gruppe 9: Verheiratete 30 Mark, Gruppe 10 (Hauptleute usw. mit mehr als zwei Dienstjahren): Verheiratete 50 Mark, Gruppe 11: Verheiratete 50, Ledige 35 Mark, Gruppe 12 und höher: Verheiratete 70, Ledige 60 Mark.

Gleich zu Beginn der Ausschussführung erklärte der Reichsfinanzminister Dr. Köhler, er hoffe, die Besoldungsvorlage spätestens am Montag dem Reichstag übermitteln zu können. Sie sei in grundsätzlichen Einvernehmen mit Preußen gefertigt. Die Behauptung, der Finanzminister habe sich mit der Abschaffung der Kinderzulagen beschäftigt, sei eine Unwahrheit. Bei der Ausgestaltung der Vorlage sei nicht nur auf die Reichsfinanzen, sondern vor allem auf die Finanzen der Länder und Gemeinden Rücksicht genommen worden. Dem Verlangen nach einer Abänderung des Finanzausgleiches könne aber nicht entsprochen werden. Er rechne damit, daß die Ueberweisungssteuern höhere Erträge ergeben, als man angenommen habe. Es müsse wirklich der ernsthafte Versuch gemacht werden, hier ohne Erhöhung durchzukommen. Namens der Regierungsparteien erklärten die Abgeordneten v. Guérard (Zit.) und Schmidt (Dem.) ihr Einverständnis mit den Vorschuhzahlungen. Abg. Steinkopf (Soz.) erklärte, der sozialdemokratische Antrag auf Zahlung eines einheitlichen Vorschusses von 40 Mark halte sich in den Grenzen der Magdeburger Rede des Reichsfinanzministers.

Ist die Familie Lubendorff übergeschnappt?

Wohles Benehmen Lubendorffs und seiner Frau bei der Tannenbergsfeier. Auf dem Deutschnationalen Parteitag in Königsberg hat sich Freiherr von Gayl u. a. darüber beschwert, daß „am Tage der Weihe des Tannenbergs-Nationaldenkmals, kein preussischer Minister es für notwendig erachtet hat, im Gefolge des Reichspräsidenten den Weg nach Hohenstein zu finden“. Die preussische Regierung war bekanntlich dienstlich verhindert. Inzwischen sind so haarsträubende Dinge über Vorgänge vor und bei der Einweihung des Tannenberg-Denkmal bekannt geworden, daß man die preussische Regierung zu ihrer dienstlichen Behinderung nur beglückwünschen kann. Unwiderrsporen ist unterdessen festgestellt worden, daß Lubendorff sein Erscheinen bei der Denkmalweihe zunächst von dem Zugangsverbot abhängig gemacht hat, daß er nicht in einem Wagen mit Hindenburg zu fahren brauche. Ferner hat sich Lubendorff vorher ausbedungen, daß zehn Generale, mit denen er in Freundschaft stehe, darunter der bekannte Heerführer Hutier, nicht gleichzeitig in Tannenberg erscheinen. Dieses diktatorische Verhalten des geschlagenen Heerführers wurde aber noch bei weitem übertrumpft durch sein Benehmen bei der Einweihungsfeier selbst. Als Reichskanzler Marx beim Beginn der Rede Lubendorffs der angebotenen Verbände auf der Tribüne unweit des Reichspräsidenten erschien,

verließ Lubendorff ostentativ die Tribüne, wobei er mit lauter und weithin vernehmbarer Stimme erklärte, man könne ihm nicht zumuten, mit diesem Mann auf einer Tribüne zu stehen. Wie die inzwischen veröffentlichten Bilder beweisen, hat sich Lubendorff dann ganz allein vor der Tribüne breitputzig aufgestellt, als ob der Reichspräsident nur ihm gelte. Was seiner grenzenlosen Einbildung zweifellos entspricht!

Ein ebenso tolles Stück Leiste ließ sich am selben Tage die zweite Frau Lubendorffs. In einer Versammlung, die sie in Königsberg abhielt, verkündete sie, das Tannenbergs-Denkmal sei eine Schmach, da es nur von Juden und Freimaurern errichtet worden sei. Der beste Beweis dafür sei, daß die Einweihung am 13. September, einem jüdischen Feiertag, stattfinde. Was heillos nicht stimmt. Aber das tut nichts zur Sache für barnierte Oberköpfe und Fege vom Schlage Lubendorffs und Frau Gemahlin.

Der Wolf hängt sich einen Schafspelz um.

Die kommunistischen Gewerkschaften kreischen die Diktatur aus ihrem Statut. Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Kongress des kommunistischen Gewerkschaftsbundes in Bordeaux hat den Revisionsbericht des Exekutivkomitees mit 1898 gegen 60 Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde eine Resolution angenommen, die eine bedeutsame Konzeption an die Internationale enthält. In ihr wird zwar betont, daß der kommunistische Gewerkschaftsbund nach wie vor dem Prinzip der Diktatur des Proletariats treu bleibe. Um aber zu vermeiden, daß diese Formel in der Frage der Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung gegen die Kommunisten ausgepielt werden könnte, hat der Kongress beschlossen, diesen Paragraphen aus dem Statut der kommunistischen gewerkschaftlichen Organisation zu streichen. Eine Kommission ist beauftragt worden, die Frage der Haltung des kommunistischen Gewerkschaftsbundes zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung zu prüfen. Daneben wurde am Donnerstag die Frage der Haltung Frankreichs zu den Sowjets angefaßt. Der Delegierte aus Frankreich erklärte, daß, falls die Sowjetrepublik angegriffen werde, die Kommunisten sich auf Seiten der Sowjets stellen müßten.

Daß irgend jemand auf diesen neuen kommunistischen Schwänze hereinfällt, glauben die Kommunisten wohl selber nicht. Der Beschluß zeigt aber, was den Kommunisten ihre Grundzüge und ihre Überzeugung wert sind. Wenn es gilt Geschäfte zu machen, opfern sie beide leichtem Herzens.

Die Zusammenarbeit mit Oesterreich.

In der Frage der Strafrechtsreform. In der Donnerstagssitzung des Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform berichtete Reichsjustizminister Heugl über die erfreulichen Eindrücke, die er bei seiner Teilnahme an den Verhandlungen über den Strafgesetzentwurf im Wiener Nationalrat gewonnen habe. Der Ausschuss verhandelte alsdann über einen sozialdemokratischen Antrag, einen der fraktionellen Zusammenfassung des deutschen Reichstagsausschusses für die Strafrechtsreform entsprechenden Unterantrag einzulegen, der die Aufgabe haben soll, mit einem entsprechenden Ausschuss des Reichstagsausschusses des österreichischen Nationalrats über den Strafgesetzentwurf zu verhandelnden gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten. Nach längerer Aussprache wurde die Abstimmung über den Antrag zunächst zurückgestellt, dagegen wurde in Aussicht genommen, daß einige Mitglieder des Reichstagsausschusses zunächst mit entsprechenden Mitgliedern des österreichischen Nationalrats in Verbindung nehmen sollen, um einer eventuellen Zusammenarbeit hinsichtlich der Strafrechtsreform die Wege zu ebnen.

Aus dem Reiche.

Warum dies Liebeswerben? Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, haben sich der Reichswehrminister Dr. Geyer und General Hege bemüht, General Reinhardt von seinem Rücktritt abzuhalten. Reinhardt soll jedoch nicht daran denken, sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen.

Keine Auslandsnachrichten.

Der neue russische Gesandte in Warschau. Aus Moskau wird gemeldet, daß der frühere russische Geschäftsträger in London, Bogomolow, von der Sowjetregierung zum Nachfolger des ermordeten russischen Gesandten in Warschau, Moskow, ernannt worden ist. Der neue Gesandte wird Anfang Oktober in Warschau erwartet. Keine Todesurteile in Litauen. Das Kriegsgesicht in Taurrogen hat inzwischen sechs weitere Personen, die an dem letzten Aufstand beteiligt sein sollen, zum Tode verurteilt. Der Staatspräsident wandelte diese Urteile in lebenslängliche Zuchthausstrafen um. Da weitere Prozesse im Zusammenhang mit den Vorgängen in Taurrogen bevorstehen, ist noch mit einer ganzen Reihe von Todesurteilen zu rechnen.

Thomas Mann über Harry Domela.

Thomas Mann hat an den Malik-Berlag, der das Domela-Buch herausgibt, folgende Zeilen gerichtet: „Für die freundliche Uebersetzung der Memoiren von Domela danke ich bestens. Es leitete Sie ein ganz richtiger Instinkt, als Sie glaubten, mich besonders auf das Buch hinweisen zu müssen. Ich hatte es längst gefaßt und mit außerordentlichem Interesse und Vergnügen gelesen. Die Figur dieses trügerischen Harry übertrug an Geist und Witz, an bewacht satirischer Kraft diejenige des Hauptmanns von Ripent in meinem. Seine Spielerei, als solche höchst respektabel, besonders wenn man die Bescheidenheit des Apparates in Betracht zieht, gewinnt soziale Würde, jedoch das ungeheure Maß von Albernheit, das ihm zu entfallen gelang und seine oft überausgehende literarische Ausdrucksfähigkeit hebt ihm einige Unversehrtheit. Die wilde und anstößige Kasse, die hier ein vernünftiger, ausgezeichneter, durch jedes Glied Gehängener an einer grauamen und inessiglichen Gesellschaft nimmt, ist ein effektvolles Schauspiel und man muß den Richter Dank wissen, die den Jungen glimpflich behandeln und seine Gefangenschaft kaum über die Strich hinausdehnen, die ihm erlaubt, diese Erinnerung zu schreiben. Sollte ihre Mähe einer unbewachten Nachwirkung seiner Prinzenteile in ihren Mannesherzen zugunsten sein?“

Der falsche Mann.

Leben und Abenteuer von Harry Domela. In Gesangs zu Köln von ihm selbst geschrieben Januar bis Juni 1927. Copyright 1927 by Malik-Berlag S. G., Berlin W. 50. (Nachdruck verboten.) Wenn es nur nicht so unglücklich überbrachte, was ich Freiheit nannte. Möchte dich, begähe keine Zweifelhaft, laß dich nicht an Falschheiten, die Leidenen vor dir Trug und Betrugsgefahr gebracht haben. In jedem von diesen Tagen habe ich nicht die Grenzen des Übergebrachten. Wie kann es mit dieser Arbeit alles und jedwedes unternehmen? Deine Reiselust ist für uns verhängnisvoll. Es gibt einige Wahrheiten, an denen man nicht rütteln darf. Bei dir gibt es ja nur ein feststehendes Prinzip, und das ist: die Meinung immer und

immer wieder ändern zu müssen. Was haben wir denn an dir, du unruhiger Kopf? Ich sah ihn erkaunt an. Da wandte er sich zu mir. Das ist es, Harry, was mich von Hause fortgetrieben hat. Lieber hier auf der Straße verrecken, als zu Hause dahingewegert, in der dumpfen Welt traditioneller Vorurteile und abgenutzter Gesetze.

Jetzt wußte ich was Wolf war. Ein Rebell gegen die allhergebrachte Ordnung, neuerungsfähig und unsterblich, seine eigenen Wege liebend, ausgebrochen aus der Gesellschaft der Satten und Selbstzufriedenen, Empörer gegen die Gewohnheiten einer Welt, deren erstes Bedürfnis das nach Ruhe ist. Wolf war eine Art ungestümes Kind, ein Kind, das immer wieder schreit und immer größere Ansprüche, größere Bedürfnisse mit Hartnäckigkeit geltend macht. So ganz anders als die braven, ruhigen Kinder! Ein fürchtbar lebhaftes, bewegliches Kind. Zum Empörer geworden, steht es dann in der eigenen Stille seinen Feind und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, die starre Welt der anderen in Aufregung zu versetzen.

So hand Wolf neben mir, ausgeföhren wie ich, verachtet wie ich, verachtet wie ich. Nur eins konnten sie uns nicht nehmen: unser eigenen Gedanken zu denken, unsern Geist als eine Waffe der Abwehr gegen eine aus feindliche Umwelt zu gebrauchen.

Wohlgut tritt ein alterer Herr in unsern Hausflur, wie es schien, ein vornehmer Ausländer. Er zog die nassen Handschuhe von den Händen, ich sah einige Steine an seinen Fingern aufgleiten. Er wuschte sich mit einem Leinwand die Tropfen aus dem Gesicht und schien vergnügt nach einem Auto zu spähen. Ich fragte, es ist ihm ein Wagen besorgen dürfte. Er war überrascht und nicht freundlich. Ich führte in den Regen hinaus. Gleich um die Ecke hielt ein Wagen, den ich vorfahren ließ. Der alte Herr stieg ein, nannte dem Fahrer die Adresse und reichte mir ein paar Scheine aus dem abfahrenden Wagen heraus. Ich hielt es im ersten Augenblick nicht für die Mühe wert, mir die Scheine anzusehen, sondern ging zu Wolf in den Hausflur zurück. „Ja“, sagte er lächelnd, „höheres Geld verdient, was? Unterbes hatte ich die Scheine herausgeholt. Sie haben grau aus. Ich hätte sie auseinander. Ja, was guckst du denn so?“ In der Dunkelheit konnte ich nicht gleich sehen, was es war. Zum Teufel, wenn ich die Scheine nicht hätte, ja, ja, ja, ja, ja. Er nahm die Scheine und trat ans Licht. „Nicht wahr, er auf. Donnerwetter nochmal! Mann, daß du Raffel!“ Er lachte über ganze Gänge. „Reißt du, was die Blätter sind? Dollars, Reichsmark, drei Dollars!“ Ich mußte wohl ein ziemlich kleines Geschäft gemacht haben. Er umarmte mich fast mit Freude. Mir wurden die

Arie schwach, Dollars, und gleich drei? Unmöglich! Wolf reichte mir die Scheine. Es waren richtiggehende drei Dollars. Es dauerte ziemlich lange, bis ich es ganz begriffen hatte. Für die damalige Zeit eine gewaltige Summe! In einer einladenden Kneipe am Spittelmarkt erhielten wir seit langem an einem gutgedeckten Tisch zum erstenmal wieder ein warmes Essen. Dann freckten wir endlich einmal wieder in einem anständigen warmen Bett die Glieder.

Nach Weihnachten begann für uns wieder eine schwere Zeit. Es wurde fürchterlich kalt. Nächstlang verlockten wir in Hausfluren und unter den Ständbahnwegen uns vor der schneibenden Kälte zu schützen. Es war kurz nach Neujahr. In den kalten Bäumen hingen noch die bunten Papierschnitzeln aus der Silvesternacht. Es fiel kein Schnee. Ohne Wolf es wissen zu lassen, ging ich zur Adertrage, zur Geschäftsstelle eines Wohltätigkeitsvereins, der die „Schruppenkasse“ genannt wurde. Es war ein einfaches Weg bis dahin. Ich mußte in einem Zimmer mit anderen, die völlig zerlumpt waren, über eine Stunde warten. Dann erschien jemand. Der Reihe nach mußte einer nach dem andern einzeln in das Nebenzimmer gehen. Drinnen aufgetragte Worte, dann eilige Schritte, jemand kommt mit unfriederem Gesicht herausgelaufen und geht weg. So wiederholte es sich mit jedem. Nun kam ich an die Reihe. Ein Herr hinter einem Tisch hielt mich flüchtig an und fragte mich, unfreundlich, was ich wünsche. Als ich ihm meine Lage schildern will, unterbricht er mich groß: Das kenne er; er habe mich nicht gefragt, wie es mir in Berlin gefalle, sondern, was ich von ihm wünsche. Darauf hat ich um eine kleine Unternehmung, ein Kleidungsstück oder ähnliches. Wenden Sie sich an die Städtische Fürsorge; wir können nicht jeden Heruntreiber unterstützen. Im übrigen können Sie arbeiten. Ich hatte eine scharfe Erwiderung auf der Zunge, nahm mich aber zusammen und sagte: falls er mir Arbeit verschaffen könne, würde ich ihm sehr dankbar sein. Ich habe keinen Arbeitsnachweis. Jetzt packte mich die Wut, und ich fragte ihn, wozu er denn überhaupt das sage. „Zur Tür hinaus!“ brüllte das Ruder mich an. Draußen fragten mich einige, was ich erreicht hätte. Nichts, erwiderte ich. „Ans hat der dasse was zur Peine geschickt, und der nennt sich hier der Verein gegen Hausbesitzer.“ Den ganzen Tag Rohdampf und Abende in die Kasse. Nach dem Frühstück ist mir kein alleene hin, da brauch ich den noch lange nicht. „Wo der gute Mann hatte sie zum Städtischen Obdachlosenpf in der Fehlfeldstraße geschickt, das diese Leute die „Palast“ nennen. (Fortsetzung folgt.)

Rund um den deutschnationalen Parteitag.

Aufsatz:

Starker Mitgliederchwund der Deutschnationalen Partei.

Kr. In einem „Deutschnationalen Parteiblatt“ überschriebenen Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ teilt ein ungenanntes Mitglied des höheren Zweigs, das offenbar, wie sich aus Einzelheiten des Aufsatzes schließen läßt, in Schlesien ansässig, früher dieser Partei zum mindesten nahe stand, jetzt aber von ihr nichts mehr wissen will, mit, daß die Deutschnationale Volkspartei nicht nur an einem großen Mitgliederchwund leidet, sondern daß in den Kreisen der ihr noch Verbliebenen auch große Unzufriedenheit mit der Leitung der Partei herrscht und daß insbesondere unter den deutschnationalen Katholiken allgemeine Mißstimmung gegen die Unabkärtheit und Treulosigkeit der Partei ihnen gegenüber besteht. Diese Mißstimmung soll so groß sein, daß man sich in der Partei sogar genötigt sieht, beim Parteitag die völlige Neuorganisation des „Reichskatholikenausschusses“ der Partei zu beantragen, um so der Unzufriedenheit wenigstens einigermaßen Rechnung zu tragen. Ueber den Mitgliederchwund der Partei teilt der Verfasser folgendes mit:

Man wird sich weiterhin hinter den Kulissen recht eingehend damit beschäftigen, wie die nicht mehr zu leugnenden Massenaustritte aus der Partei einzudämmen sind. So sei unter vielen anderen Fällen nur erwähnt, daß in Breslau im Sommer und Herbst 1928 und im letzten Winter allmonatlich keine Eintritts-, wohl aber 200, 300, 180 Austritte aus der Partei erfolgten. Verhängnisvoller ist aber noch der Umstand, daß eine recht erhebliche Anzahl der Mitglieder, die das pekuniäre Rückgrat der Partei bilden, der Partei den Rücken gekehrt hat, so ein Kommerzienrat, der im Interesse der Partei seinerzeit den Bismarck-Film mit finanziert hatte, ein bekannter angelegener Bankier in Breslau, der Generaldirektor eines der reichsten schlesischen Magazins, dieser Magazins selbst und andere mehr.“ (Sollte dieser Magazins etwa gar der Verfasser dieses Artikels sein? Red. v. Volkswacht.)

Eine weitere recht große Sorge, die zu ernstlichen Auseinandersetzungen führen wird, bilden die vielen Klagen aus dem Lager der deutschnationalen Katholiken und deren Austritte aus der Partei.

Es wird dann noch Näheres über die Schicksale der Katholiken in der Partei berichtet und die Treulosigkeit geschildert, die die Deutschnationalen sich auch diesen, ebenso wie den Spyrern und Inflationsspekulanten, gegenüber haben zuschulden kommen lassen. Kennzeichnend und diesen Enttäuschungen erst ihr volles Gewicht verleihend ist die Tatsache, daß auf dem Parteitag ein Bericht über die Mitgliederbewegung der Partei überhaupt nicht gegeben wurde.

Man weiß wohl, warum.

Die Beruhigungsspiele für das Zentrum.

Angehts dieser tiefgehenden Unzufriedenheit in den eigenen Reihen, wird es dem Grafen Westarp scharf besorgenswerter geworden sein, auf dem Parteitag folgende Mahnung an die Heißsporne loszulassen:

„Der einseitige Streit dreht sich zunächst um die Richtlinien der Regierungsbildung. Wir halten uns an die Richtlinien gebunden und erfüllen sie loyal. (!) Wir haben die Verpflichtung dem Geiste nach zu erfüllen, also uns auch selbst jeder Gehässigkeit zu enthalten. Ich richte diesen Wunsch an die uns nahestehende, wenn auch unabhängige Presse. Es geht nicht an, daß sie jede Bindung an die Richtlinien für sich ablehnt. (!) In den Auseinandersetzungen mit den Regierungsparteien und deren Führern wollen wir schon aus der gebotenen Rücksicht auf die für die Koalition erforderliche vertrauensvolle Zusammenarbeit persönliche Schärfe vermeiden.“

Westarphen, alter Schäter! Zeigst du plötzlich einmal die Sammeltpote? Ach ja, die aufgeregten Koalitionsbrüder vom Zentrum müssen doch wenigstens etwas beruhigt werden. Sonst wird ihre Haft gar zu brüden, man muß es ihnen nicht gar zu schwer machen, hübsch brav an der Leine zu laufen. In Wirklichkeit verpflichtet diese Erklärung jedoch zu nichts; wenn der Parteitag vorüber ist, tut jeder Ortsverein und jedes Blatt der Partei ja doch wieder das Gegenteil. Aber die Parteileitung hat sich dann salviert und kann dem Zentrum auf seine Anpassungen sagen: bitte, wir haben unsere Pflicht getan. Die Presse ist unabhängig, wir können ihr keine Vorschriften machen. Mit Freizeit hat ja Westarphen, das Frischstein, in der vorstehend abgedruckten Erklärung ausdrücklich festgestellt, daß die deutschnationalen Presse der Partei zwar nahestehe, aber rechtlich von ihr unabhängig sei. Ein hübsches Hintertüchlein! Und ein zweites hat Herr Westarp sich und der Partei geöffnet: er hat sich nach bekannter Michaelischer Weise salviert. Die Richtlinien gewiß, aber wie ich sie auffasse.

Schlimmer kann das Zentrum nicht verhöhnt werden, als es hier geschah. Aber wie man sich bettet, so liegt man.

Stirnräuel der Bayerischen Volkspartei.

Wir glauben, daß die Mahnungen und Warnungen der Zentrumspresse gar nicht einmal zu dieser lahmten und zweideutigen Erklärung Westarps geführt haben. Denn die warnt nun schon seit so langer Zeit, ohne daß gehandelt wird, daß Herr Westarp diese Warnungen der Zentrumspresse nicht besonders ernst nehmen wird. Aber jetzt wird auch die Bayerische Volkspartei unruhig. Sie fürchtet wohl, daß, wenn die Deutschnationalen zu läppig werden, das ihrer Herrschaft in Bayern Abbruch tun wird. Ihre Lage in Bayern ist nämlich allmählich so heikel geworden, das Versagen ihrer Regierung so offenkundig, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und damit die Gefahr einer Wahlniederlage so groß, daß sie es nicht mehr bezagen kann, in den Geruch allzu großen Rechtsradikalismus zu kommen. Die Zeiten Rührs sind in Bayern endgültig dahin. Die Bevölkerung erwacht langsam aber unaufhaltsam aus ihrem Angsttraum. Deshalb liegt auch ihnen daran, daß der Rechtskurs im Reich ein relativ gemäßigter Rechtskurs ist oder besser werde. Und so läßt das Hauptorgan dieser Partei, der „Bayerische Kurier“, folgende Warnung an die Deutschnationalen vom Stapel:

„Es kann kein Zweifel sein, daß die deutschnationalen Presse in jüngster Zeit die sich aus der Koalitionsergebnisse ergebenden Gefahren besonders zahlreich und besonders groß veranschaulicht hat. Die Warnungen, die sich daraus für den weiteren Bestand der Koalition ergeben, sollen nicht überhöhet, aber auch nicht unterschätzt werden. Sie zu bannen, ist vor allem die deutschnationalen Parteileitung berufen, das es obliegt, die deutschnationalen Presse wieder einmal in ihre

Schranken zurückzuführen, ohne die es keine politische Zusammenarbeit mit anders gerichteten Parteien gibt.“

Außerdem aber stellt das Blatt fest, daß die Unterstützung über die Deutschnationalen im ganzen Zentrum sehr groß sei, nicht nur auf dem linken Flügel.

Die Bayerische Volkspartei ist nun aber als viel energischer bekannt als das Zentrum. Die Reichsregierung kennt ihre Energie und giltet vor ihm. Deshalb muß Westarp hier wieder mal einkehrigen tun. Viel bedeutet es ja doch nicht, wie wir sahen.

Nach dem Spah der Ernst.

So sieht man, der Deutschnationalen Parteitag ist eine recht vergnügliche Angelegenheit. Freunde des Humors kommen bei dieser Woge auf ihre Kosten. Insbesondere, einiges ist doch auch in Königsberg geschehen und insbesondere geredet und anlässlich des Parteitag geschrieben worden, das ernstlich zu nehmen ist. Das ist einmal das geradezu ausschweifende Programm des Reichsernährungsministers Schiele, das zum Ziel hat, den Großagrariern auf Kosten sowohl der Bauern als auch des Staates, aber vor allem der Verbraucher große Extraprofite zu verschaffen. Es ist sodann eine Auslassung der „Deutschen Tageszeitung“, die Schiele's handelspolitische Ausführungen auf dem Parteitag, die den „alten“ Plan dieses „Volkswirtschaftlers“, Deutschland wirtschaftlich vom Ausland in möglichst hohem Maße loszulösen, wieder aufwärmen, wahrscheinlich sehr zum Verdruß des Wirtschaftsministers und Koalitionsbruders Curtius, der genau das Gegenteil will und für richtig hält, dadurch unterstützt, daß sie sie gleichzeitig auf Polen und unsere Wirtschaftsverhandlungen mit ihm anwendet. Das Blatt schließt nämlich einen Tag nach Schiele's Rede:

„Sowohl der deutsch-oberschlesische Bergbau wie namentlich die ostpreussische Landwirtschaft müssen sich gegen die unbeschränkte Zulassung der billigeren polnischen Erzeugnisse verwehren, zwecks Aufrechterhaltung ihrer eigenen Produktionskraft. Solange nicht feststeht, daß die polnische Regierung diesen deutschen Mindestforderungen entgegenzukommen bereit ist, hat die Reichsregierung u. E. keinen Anlaß, jetzt ihrerseits die Initiative zu neuen Verhandlungen zu ergreifen.“

Wir haben hier ja stets betont, daß der eigentliche Widerstand gegen einen wirtschaftlichen Ausgleich mit Polen bei uns in Deutschland, nämlich bei den deutschnationalen Großagrariern und ihrer Vertretung in der Reichsregierung, dem Ernährungsminister Schiele, liegt, nicht aber bei Polen, und daß deshalb die Maximalzollverordnung der Polen nicht nur deshalb besteht, weil sie eine Antwort auf vorhergehende deutsche Kampfmaßnahmen der gleichen Art war, sondern auch deshalb, weil Polen auch Grund hat, auf Deutschland einen Druck auszuüben, um es zu Verhandlungen überhaupt erst willig zu machen. Nach Schiele's Rede in Königsberg um dieser Auslassung der „Tageszeitung“ kann wohl kein Zweifel mehr herrschen, wie richtig das alles ist. Wie sehr bei den deutschen Großagrariern überhaupt jeder Verhandlungswille fehlt, zeigt besonders der Umstand, daß die „Tageszeitung“ hier den Polen Forderungen untersticht, die sie niemals gestellt haben. So hat Polen niemals unbeschränkte Zulassung der polnischen Kohle in Deutschland gefordert, sondern hat stets nur ein bestimmtes Kontingent verlangt. Auf seine Anfrage aber, ein wie großes Kontingent Deutschland zugulassen bereit sei, hat es überhaupt keine Antwort erhalten. Fünf Monate lang hat man in Polen geduldsig gewartet. Erst dann entschloß man sich, nachzugehen, und erst jetzt die Maximalzollverordnung.

Wenn also besonders die schlesische Wirtschaft immer noch weiter aufs Schwerste unter dem Zollkrieg mit Polen zu leiden hat, so weiß sie jetzt wenigstens, wer schuld daran ist. Geradezu als eine Verhöhnung der ganzen schlesischen Wirtschaft aber muß es wirken, wenn die Deutschnationalen auch in Zukunft die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen verhindern zu wollen erklären. Wir sind neugierig, ob sich das die berufenen Vertreter der schlesischen Wirtschaft gefallen lassen, ob sie jetzt endlich ihre Pflicht tun werden oder weiter so versagen werden, wie sie bisher versagt haben.

Um die Renten der Standesherrn.

Neuer Antrag Preußens an das Reich.

Die preussische Regierung hat das Reichskabinett auf schriftlichem Wege nochmals auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Abkündigung der Renten für die Standesherrn schleunigst durch ein Reichsgesetz zu regeln. Da bis zum 1. Oktober das Zustandekommen eines Gesetzes außerhalb des Reiches der Möglichkeit liegt, hat sich das preussische Finanzministerium inzwischen entschließen müssen, die Rentenzahlung am 1. Oktober zu leisten, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, durch schlechte Gerichtsurteile zur Zahlung gezwungen zu werden. Die Vertreter der hohen und niederen Standesherrn haben im Finanzministerium keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie diesen Weg beschreiten, wenn nicht freiwillig gehandelt wird. Der nächste Zahlungstermin ist der 1. Januar 1928. Das preussische Finanzministerium drängt nun darauf, daß dem Reichstag im November das Gesetz vorgelegt wird, damit es nicht noch einmal vor die Alternativen gestellt wird, die Zahlung zu leisten oder gerichtlicher Beurteilung gewärtig zu sein, weil die Bürgerblock-Regierung für die Interessen der Standesherrn bisher mehr Verständnis zeigte als für die Sorgen der großen Masse.

Die Arbeit des Völkerbundes.

Strefemann unterzeichnet die Schiedsgerichtsklausel.

Der Reichsaußenminister Dr. Strefemann wird im Laufe des heutigen Tages in Genf die formelle Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtshofes vornehmen.

Finanzielle Unterstützung an schwache Staaten?

Genf, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die dritte Kommission der Völkerbundversammlung behandelte am Donnerstag nachmittag den finnländischen Antrag auf Gewährung finanzieller Unterstützung an schwache Staaten im Falle von Unfällen. Sämtliche Delegierten, die sich dazu äußerten, (Holland, Oesterreich, Griechenland, England, Norwegen, Belgien, Frankreich, Polen, die Schweiz und Rumänien) stimmten dem Vorschlag, der auf eine Ergänzung von Artikel 16 des Völkerbundsstatuts hinausläuft, prinzipiell zu, doch machten verschiedene Vertreter Vorbehalte. Der wesentlichste Vorbehalt ist der Englands, das die bedeutendsten finanziellen Verpflichtungen nur dann übernehmen will, wenn vorher oder gleichzeitig ein namhafter praktischer Fortschritt in der Abrüstungsfrage erzielt wird.

Ergebnis über geistige Zusammenarbeit.

Genf, 22. September. (Eig. Drahtbericht.) In der Donnerstagsagung der Völkerbundversammlung, die eine Reihe von Berichten der Kommissionen entgegennahm, erstattete Genosse Dr. Breitschmid den Bericht über die Tätigkeit der kom-

missionen für geistige Zusammenarbeit und ihres besonderen Sekretariats, d. h. des gleichnamigen Instituts in Paris. Unter dem Beifall der Versammlung sprach Dr. Breitschmid die Überzeugung aus, daß die Tugenderziehung im Geiste des Völkerfriedens notwendig und möglich sei. Der Franzose Plaisant stellte mit besonderer Beugung die aktive Mitarbeit Deutschlands am Institut fest.

Danziger Streit.

Der Völkerbundsrat behandelte am Donnerstag nachmittag in einer kurzen Sitzung die Streitfrage, ob Danziger Eisenbahnangelegenheiten in vermögensrechtlichen Fragen (Besoldungs- und Pensionsangelegenheiten) bei den Danziger Gerichten gegen die polnische Eisenbahnverwaltung klagen können. Im Einverständnis beider Parteien beschloß der Rat, zu der Frage noch ein Gutachten des Haager Schiedsgerichtshofes einzuholen.

Grzejski über die Landkreisfrage.

Eine Rede an die verammelten Landkreise.

In der ersten Sitzung des preussischen Landkreistages, der am Mittwoch in Berlin zu seiner jährlichen Hauptversammlung zusammentrat, hielt der preussische Innenminister Grzejski eine Ansprache, in der er einleitend betonte, er wolle mit seinem persönlichen Erscheinen dazutun, daß er die Landkreise und ihre Leiter, die Landräte, für einen liberalen wichtigen Teil der preussischen Verwaltung halte. Was die preussische Regierung immer versichert habe, die Wahrung absoluter Parität zwischen Stadt und Land, sei ein Standpunkt, den auch er teile. Die Landkreise müßten in ihrer Struktur so gestellt sein, daß sie die aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Kreiseingewohnten sich ergebenden Aufgaben möglichst vollkommen erfüllen können.

Der Minister erinnerte dann daran, daß die Frage einer allgemeinen Revision der Kreisgrenzen lebhaft Unruhe hervorgerufen habe. Dem Grundsatze, daß zu kleine Kreise beibehalten werden sollten, widerspreche zwar niemand, wenn es aber an die Ausführung gehe, dann erkläre es jeder betroffene Kreis für unmöglich. Der Minister versicherte, zur Zeit nicht daran zu denken, eine solche allgemeine Revision der Kreisgrenzen vorzunehmen, da schon sein Amtsvorgänger sich — leider — habe davon überzeugen müssen, daß sich im Landtage keine Mehrheit findet, die der Staatsregierung eine entsprechende Ermächtigung erteilt; ohne Ermächtigungsgesetz sei aber eine solche Maßnahme undurchführbar.

Selbstverständlich kämen Änderungen von Kreisgrenzen in einzelnen Fällen in Betracht. Aber auch bei der Wenderung von Stadt- und Landkreisgrenzen aus Anlaß von Eingemündungen gelte für die Staatsregierung der Grundsatz der vollen Parität. Grundsätzlich erklärte der Minister zu Ungemindungen großen Stills, die sich als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung als notwendig erweisen, daß man hierbei nicht vom Gesichtspunkt des engsten Nachbarrichts aus urteilen und das Arbeitsgebiet nicht zu eng abstecken dürfe, sondern vielmehr ein ganzes, in sich möglichst geschlossenes Wirtschaftsgebiet ins Auge fassen und in diesem Wirtschaftsgebiet die Verwaltung rationalisieren müsse. Das werde häufig dazu führen, daß in einem solchen Gebiet die Zahl der Landkreise verringert wird. Aber es komme nicht auf die Zahl der Landkreise, sondern auf ihre Leistungsfähigkeit an. Der wirklichen Parität zwischen Stadt und Land entspreche es, daß wirklich leistungsfähige Landkreise gebildet werden, auch wenn dabei der eine oder der andere Kreis sein Eigenleben verlieren muß. Bei diesem Verfahren könne man beiden Teilen, Stadt und Land, einen aller Voraussicht nach besten Bestand gewährleisten. Außerdem könne bei einer solchen Rationalisierung die planmäßige Siedlung in den Landkreisen volle Berücksichtigung finden. In dieser Beziehung regte der Minister die Durchführung rationaler Flächenverteilungspläne in den Landkreisen an.

Am Schluß seiner Ausführungen wandte sich der Innenminister persönlich an die anwesenden Landräte und erinnerte sie daran, daß sie nicht nur Vorsitzende der Kreisverwaltungsorgane, sondern auch Staatsbeamte und als solche politische Beamte und Vertreter der Staatsregierung in ihrem Bezirk sind. Er freute sich, feststellen zu können, daß sich die Landräte je länger je mehr auch als Vertreter des heutigen Staates fühlen und nach außenhin entsprechend auftreten. Das sei nötig, damit sich überall im Volke die Überzeugung durchsetze, daß die gesamte preussische Staatsverwaltung, insbesondere in ihrer leitenden Beamtenschaft, sich als treue Vertreter des heutigen Staates, seiner Verfassung und seiner Gesetzgebung fühle.

Amerikanischer Botschafterwechsel in Mexiko.

Washington, 21. September. Die Ernennung Dwight Morrows zum Botschafter in Mexiko erregte in Washington ein gewaltiges Aufsehen und wird als einer der wichtigsten Entschlüsse Coolidges bezeichnet. „Washington Post“ zufolge werden sich im Senat, dem verfassungsgemäß die Ernennung zur Bestätigung vorgelegt werden muß, erhebliche Widerstände geltend machen, da besonders im Westen Morgan & Co. als Führer des Kapitalismus unbeliebt sei und man dieses Zusammengehen von Regierung und Wallstreet hart kritisieren werde. „Associated Press“ erzählt, daß Morrow bereits in den nächsten Wochen seinen Posten antreten, also bereits Botschafter sein werde, wenn der Senat, der erst im Dezember zusammentrete, über die Bestätigung berate. Morrow janerte mit Lamont Mexikos auswärtige Schuld. Morgan & Co. vermalte de facto Mexikos Außenanleihen im Betrage von 411 Millionen Dollar. Im Weißen Hause wurde mitgeteilt, daß das Aggrement der mexikanischen Regierung bereits in Washington eingegangen sei. Ferner wurde betont, daß Morrow natürlich alle Beziehungen zum Bankhaus Morgan & Co. lösen sollte, sobald er in Mexiko eintrifft, bevor er seine Amtsperiode beende. Sollten die Differenzen schon im nächsten Frühjahr beigelegt sein, so würde das die republikanische Partei im Wahlkampf erheblich stärken. Man glaubt ferner, daß Wallstreet mit den Forderungen der Delinquenten gegenüber Mexiko nicht einverstanden ist, daß Morrow deshalb es übernommen hat, für die Beilegung des Konfliktes zu wirken.

Letzte Nachrichten.

Bier amerikanische Flugzeuge vernicht.

Bier Flugzeuge, die zu dem amerikanischen Luftberdy gehört waren, werden vernicht.

Zwangsarbeiter im Meer des Mittelmeeres.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern bei den Anwerheiten am Mittelmeereskanal. In der Nähe von Marmara bei Magdeburg fiel eine Kugel auf einen Arbeiter, der auf der Stelle getötet wurde.

Zusammenstoß zweier Militärflieger in Oer.

Auf dem Militärflugplatz des 20. Regiments ereignete sich ein schweres Unglück. Zwei Flieger, ein Oberleutnant und ein Hauptmann, waren mit ihren Flugzeugen zu einem Manöverflug aufgebrochen. Als der Oberleutnant ein Uman über den Flughafen, der sich mit seinem Apparat genau über dem des Oberleutnants befand, nieder und zurückwärts mit dem Propeller dem Oberleutnant den Schüssel, beide Flugzeuge wurden vollständig zerstört. Der Oberleutnant wurde auf der Stelle getötet, der Hauptmann erlitt schwere Verletzungen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. September.

Wucherzölle.

Die durch den Zollwucher der Rechtsparteien hervorgerufene Preissteigerung führt immer weiter hinaus. Nach den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Breslau liegen in der Korz...

Schlesisches Landesorchester gegen den Deutschen Musikerverband.

Ein unhaltbares Urteil des Arbeitsgerichts.

Am Donnerstag wurde beim hiesigen Arbeitsgericht, unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Dr. Willen und unter Teil...

Die Klageanträge wurden damit begründet, daß der abgeschlossene Tarifvertrag in Ziffer V und im § 14 Abs. 3 des...

Der Tarifstreit liegt also nicht in einem besonderen Streitfall, sondern in dem seit Jahren geltenden Tarifvertrag begründet.

In seiner Replik wie Kollege Poppe darauf hin, daß mit der Kündigung des Tarifvertrages zugleich ver-

Da die Klägerin sich nicht an die erwähnte Bestimmung der Ziffer 1 hielt, also nicht tariflos war, mußte zur Wahr-

In der fast vierstündigen Verhandlung konnte die Klägerin keine rechtlichen juristischen Momente für ihre eigenartige Auf-

Die Klage wird mit der Maßgabe zurückgewiesen, daß die Bestimmungen der Ziffer V des Tarifvertrages und des § 14 Abs. 3 des Normal-Anstellungsvertrages sowie Absatz I...

Mit diesem Urteil hat zwar Herr Kunth die verdiente Ab-

Räumungsflage und Wohnungstausch.

Eine Gesetzeslücke.

Das Mieterchutzgesetz bezweckt nach seinem Namen bereits den Schutz des Mieters. Um diesen aus seinen Mieträumen zu...

Der Vermieter hat in solchem Falle ein Interesse daran, einen ausreichenden Ersatzraum bald zu beschaffen, ist hierzu in der Regel aber nur dann in der Lage, wenn er durch finanzielle...

An diesem Zustande hat aber auch der Mieter nicht immer ein Interesse. Er läuft Gefahr, eines Tages eine ihm nicht zu-

In solchem Falle kann nur ein Wohnungstausch helfen: Der Mieter tauscht seine Wohnung gegen eine andere, ihm wirtschaftlich mögliche.

Nun ist aber jetzt eine Schwierigkeit aufgetreten: Das Kammergericht, die höchste Instanz in Preußen für Mietange-

legenheiten, hat nach ergangenem Aufhebungsurteil die Genehmigung des einen Hauseigentümers nicht mehr für ersehbar...

Das Mietverhältnis ist nach erfolgter Aufhebung erloschen; den Parteien werden bis zur Zufälligkeit der Zwangs-

In der Literatur ist diese Ansicht nicht allein herrschend; einige Kommentare und höhere Entscheidungen in Bayern und...

Die Entscheidung des Kammergerichts ist juristisch haltbar und verständlich; sie wird den wirtschaftlichen und tatsächlichen Verhältnissen aller Beteiligten aber nicht gerecht.

Nachdem aber die Rechtsprechung im ganzen Lande dem Urteile des Kammergerichts folgt, erscheint es wichtiger, nunmehr das Gesetz so zu ergänzen, daß auch weiterhin das Ein-

Der Sinn des Gesetzes war Schutz der schwächeren Mieter; dieser würde hierdurch gegeben werden, ohne daß jemandem hieraus ein Nachteil entsteht.

Vielleicht nehmen sich einige Abgeordnete der Angelegenheit an und stellen einen Gesetzesergänzungsantrag.

in der sozialen Rechtsprechung gewesen und würde die Fundamente des kollektiven Vertragsrechtes erschüttern haben.

In sehr vielen Tarifverträgen im ganzen Reich sind Bestimmungen über Arbeitsvermittlung, die bei einer so spezifischen Berufsorganisation wie dem Musikerverband schon...

Gewerkschaftspolitisch wird Herr Kunth allerdings kaum zufrieden sein, denn sein Wunsch war ja das gänzliche Ausschalten der Organisation, die als Koalitionsfreiheit interpretierte Ausbeutungsfreiheit.

Nationalisten unter sich.

Am Mittwochabend gaben sich die Breslauer Nationalisten im Wingenhaufe ein Stelldichein, um sich einmal über die Logengeheimnisse der Freimaurer zu unterhalten.

Schwarze Antten und Reaktionäre bedrohen die Schule!

Wer sein Kind schützen will, besuche Montag, den 26. September, abends 8 Uhr, die im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindende öffentliche Versammlung.

Als Rednerin ist die Genossin Coni Pfälz, Mitglied des Reichstages, aus München anwesend.

In der Diskussion sprach zuerst ein Oberst, der, ehe er zur Sache sprach, seine Verdienste um die Belange des Nationalismus gebührend hervorheben zu müssen glaubte.

Als das Lobuhawohu der gegenseitigen Anschwärzer immer wildere Formen annahm, bezeichneten die Freimaurer den Lubendorffschen Schrei als Saufrucht, die aufgekauft werden...

Die Lynchjustizstimmung der radikalen Nationalistenhorden, die sich öffentlich die größten Erbärmlichkeiten vorwerfen, sind so recht der Ausdruck dafür, daß die moralischen Ideen immer mehr in...

Der Arbeiterdichter Max Bartel

ist Mittwoch, den 5. Oktober, bestimmt in Breslau und kauft im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses abends 8 Uhr aus seinen Werken vor.

Schulungsleiter der SPD.

Heute, pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6: Vortrag des Genossen Giffen über: „Staat und Revolution“.

Faschismus und Antifaschismus.

Zu diesem aktuellen Thema sind Parteigenossen besonders eingeladen. Der Vortrag wird vom Genossen Reventlow am Sonnabend 20 Uhr in der Stadtschule am Reubanner...

*Billig in. mit
durch Frey-
substitution*

Stoff-Knabenanzüge . . . Mk. **4—15**
Stoff-Beinkleider . . . Mk. **5—18**
Herrn-Anzüge pa. Sitz . . . Mk. **15—50**
Sport-Anzüge pa. Sitz . . . Mk. **18—48**

*günstigste
aufmerksamen*

Aus Schlesien.

Zusammentritt

des Niederschlesischen Provinziallandtages.

Der 5. Niederschlesische Provinziallandtag tritt am 28. September in Breslau zusammen. Die Tagesordnung für den ersten Beratungstag steht vor: die Beratung des Ausschusses, die Eröffnung des Landtages, Sitzung der Fraktionen und Ausschüsse, darauf die Verhandlung des Provinziallandtages. Zur Beratung stehen: die Aenderung der Satzung der Provinzialhilfskasse für die Provinz Niederschlesien, die Besoldungsreform für die Provinzialbeamten und die Aufnahme einer Landesanstalt für Strassen-Meliorations- und Elektrifizierungsarbeiten in den Jahren 1926, 1927 und 1928.

Regierungsmassnahmen für Unwettergeschädigte in Schlesien.

Auf verschiedene Anfragen im preussischen Landtag hat der preussische Minister des Innern nach einer Mitteilung des „Amtl. Preuss. Pressedienstes“ erwidert, er habe anlässlich der in der Provinz Niederschlesien niedergegangenen Unwetter mit dem Finanzminister staatliche Notstandsaktionen eingeleitet und mit ihrer Durchführung die Regierungspräsidenten in Liegnitz und Breslau beauftragt. In sämtlichen Bezirken zur Verringerung der ersten Not wurden bisher den Kreisen Lauban, Bunzlau und Löwenberg 59 300, dem Kreise Hirschberg 50 000 und dem Kreise Gohrau 34 000 Mark gewährt. Der Kreis Hirschberg hat außerdem aus Reichsmitteln noch 30 000 Mark erhalten. Weitere Beiträge werden, soweit notwendig, bereitgestellt werden.

Aus Anlaß der Juniunwetter in Oberschlesien wurde für die besonders geschädigten Kreise Groß-Strehlitz und Cosel eine staatliche Notstandsaktion eingeleitet, in deren Rahmen seitens des Staates zunächst 125 000 Mark als Darlehen für die Geschädigten zur Verfügung gestellt wurden. Verhandlungen mit der Provinz Oberschlesien und den beiden Landkreisen über deren Beteiligung an der Notstandsaktion sind eingeleitet.

Gegen den Reichsschulgesehtwurf.

In den letzten Tagen haben verschiedene Lehrervereine des Waldenburger Reviere Entschlüsse gefasst, die sich gegen den Reichsschulgesehtwurf richten. Unter anderem haben der Lehrerverein der Stadt Waldenburg, ferner die Lehrervereine der größten Gemeinden im Landkreis Waldenburg und neuerdings auch der Schmeidnitzer Lehrerverein den Gesehtwurf abgelehnt. In den Entschlüssen, die an die Reichsregierung gerichtet sind, heißt es u. a., daß der Entwurf des Reichsschulgesehtwurfes in unerträglichem Gegensatz zur Reichsverfassung steht, daß er die Schulpflicht des Staates zerstört, daß er die leistungsfähigen, voll ausgebildeten Volksschulen in zahllose leistungsunfähige Schulen verwandelt, wodurch die Schullasten erhöht und der Schulfortschritt gefährdet wird.

Die ominöse Postkarte.

Zeigt du auf der Straße dich,
Schönste aller Eulen,
werden alle Pferde scheu,
Und die Hunde heulen.

Eine Postkarte mit diesem Inhalt erhielt, unterzeichnet mit Wilhelm Schütze sen., eine sehr ehrenwerte ältere Jungfrau in Bernstadt. Sie leitete gegen den vermeintlichen Uebelthäter sofort ein Strafverfahren ein. Ein Schriftsachverständiger begutachtete. Natürlich ist der Mechaniker Schw. der Schuldige, ein Verwandter von ihm wollte bei dem Fräulein, die Hausbesitzerin ist, eine Wohnung haben, und wurde nicht aufgenommen. Die Staatsanwaltschaft griff den Fall auf. Außer wegen Beleidigung hatte Schw. sich noch wegen Urkundenfälschung (!) weil er unter die Karte nicht seinen Namen gesetzt hatte) angeklagt. Inzwischen nahm das beleidigte Fräulein die Klage ihrerseits zurück. — Urkundenfälschung konnte das Gericht vernünftigerweise in der Karte nicht erblicken. Der Beleidigte wurde schließlich auch wegen Beleidigung freigesprochen, da der diesbezügliche Antrag der Beleidigten entfiel.

Urteil im Spionageprozess Bissarel.

In Prozess Bissarel und Genossen vor der Rattowitzer Strafkammer stellte sich die Unschuld des Hoteliers Bissarel einwandfrei heraus. Er war nur infolge eines missverständlichen Telephonats in die Spionageaffäre hineingezogen worden und wurde mangels jeglicher Beweise vom Gericht freigesprochen. Dagegen erhielten der Malermeister Bruno Hadak aus Rattowitz und der Bergmann Gustav Große aus Wiesdorf wegen versuchter Auslieferung militärischer Geheimnisse an Deutschland drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust bzw. ein Jahr Gefängnis. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die Bergarbeiterlöhne in Ost-Oberschlesien.

Die Arbeitgeber haben gegen den von der Schlichtungskommission gefällten Schiedsspruch über die Erhöhung der Arbeiterlöhne um 8 Prozent Einspruch erhoben. Damit kommt dieser Schiedsspruch zur Entziehung durch den Minister für Arbeit und Wohlfahrt. Die Erhöhung bringt einen, noch keineswegs genügenden, Ausgleich der Lebenshaltungskostensteigerung durch Inflation, Entwertung und Inflationskrieg.

Kamela. Unterschlagung an der Kreisfasse. Der frühere Oberrentmeister St. an der hiesigen staatlichen Kreisfasse hatte sich vor dem Oester Schöffengericht wegen Beamtenunterschlagung zu verurteilen. St. der sich in guten wirtschaftlichen Verhältnissen befand, unterschlug in den Jahren 1922—25 nachweislich 11 700 Mark. Im Alkohol hat er oft erhebliche Summen verjubelt, außerdem gab er an, aus Not gehandelt zu haben. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Strafaussetzung wurde ihm nicht zugesprochen, da das Gericht eine Notlage nicht als Entschuldigung anerkennen wollte.

Dels. Ein Stahlhelmführer als Volksschullehrer. Eine zweifelhafte Behauptung hat die hiesige Volksschule erfahren. Lehrer Wegmann, der in seinem bisherigen Tätigkeitsgebiet Gutwonne Stahlhelmführer und zweiter Vorsitzender des Kriegsveteranen war, ist nach Dels versetzt worden. Die Erziehung der Provinzialkinder durch einen solchen Kämpfer macht in unklarer Nachbarschaft. Die Deiler Arbeiter werden dem Herrn Wegmann aber, soweit wir unterrichtet sind, über auf die Finger zeigen, denn es ist leider nicht ohne Weiteres zu erwarten, daß die Schulaufsichtsbehörde in der Zukunft zu einem derartigen Versetzungsbescheid derartig jungen Mannes im Gebiet der Volksschule zu erziehen, einen unklaren Widerspruch steht.

Reichenberg. Die Rathausstiege als Notwohnung. Ein Beispiel kraßster Notstandsaktion wurde den Einwohnern dieser Stadt geboten. Besitze da in einem kleinen

Siedlungshaus in der Stadtparkfleckung eine kinderlose Bergarbeiterfamilie namens Stelzer. Der Hauswirt, gleichfalls ein Bergmann, hatte dem jungen Ehepaar ein Stübchen als Wohnraum zur Verfügung gestellt. Jetzt auf einmal brauchte er die Stube angeblich selbst und kündigte Stelzer. Dieser gab sich die denkbar größte Mühe, eine andere Wohnung zu erhalten, was ihm jedoch nicht gelang, da vor ihm auf der Wohnungssuche der Stadt Waldenburg nicht weniger als 3000 Bewerber stehen. Trotz alledem machte sein Kollege und Hausbesitzer kurzen Prozeß, er erwirkte einen Gerichtsbescheid und die jungen Leute wurden mit ihrem gesamten Hausrat durch einen Gerichtsvollzieher auf die Straße gesetzt, ohne daß ihm eine andere Wohnung zur Verfügung gestellt worden war. Nach der Meinung des Ermittlerten war ein solcher Gerichtsbescheid bzw. dessen Vollstreckung unrichtig und so zog denn die Familie Stelzer mit ihrem Möbelwagen vor das Rathaus und richtete sich auf der Rathausstiege „häuslich“ ein. Bald umstanden aufgeregte Menschen diese sordidbare „Notwohnung“. Der Magistrat nahm sich notgedrungen sofort der Ermittlerten an, brachte sie für eine Nacht in einem Gasthause unter und wies ihnen am anderen Tage eine Wohnung zu.

Glaz. Im Gefängnis erhängt. Der seit März d. J. in Untersuchungshaft befindliche Schmirde Willi Glaz erhängte sich mittels einer aus seiner Arbeit herrührenden Schnur an den Wasserleitungsröhren. Er mußte die Tat in wenigen unbewachten Augenblicken ausgeführt haben, denn da er unter dem Verdacht stand, der Schreibendörfer Kindesmörder zu sein, wurde er sehr streng bewacht. Die durch den diensttuenden Beamten sofort vorgenommenen Wiederbelebungsvorkehrungen waren ohne Erfolg.

Habelschwerdt. Ein Opfer der Straße. In lebensgefährlichem Zustande wurde der Kutscher Kolleschke von der Firma Holub-Friedrichsgrund auf der Chaussee von Kottbusch nach Habelschwerdt neben seinem Fuhrwerk liegend aufgefunden. Der Verunglückte wurde von einem vorüberfahrenden Auto aufgenommen und im Krankenhaus in Habelschwerdt abgeleiert, wo er alsbald seinen schweren Verletzungen erlag. Wie der Unfall zustandekam, ist noch nicht geklärt, jedoch dürften die wenigen dahingehenden Ausfertigungen des Verunglückten die Annahme bestätigen, daß der neben seinem Fuhrwerk gehende Kutscher von einem im raschen Tempo vorüberfahrenden Auto durch das Schuttblatt umgerissen und tödlich verletzt wurde.

Werbt

Das Blatt der **Werkstätigen** monatlich 2,10 frei ins Haus

für die Volkswacht

Reinerz. Der Klapperstorch auf der Eisenbahn. Auf der Fahrt von Rudoma nach Reinerz wurde eine junge Frau von einem gefundenen Jungen ertrunken. Bahn- und Beamtenpersonal nahmen sich der Mutter an, die sofort Aufnahme im Stationsgebäude fand. Arzt und Hebamme waren in wenigen Augenblicken zur Stelle. Wie verlautet, befinden sich Mutter und Kind den Umständen nach wohllauf.

Liegnitz. Der Kagenverein. Liegnitz hat einen neuen Verein bekommen — der jüngste dürfte gleichzeitig die originellste unserer Stadt sein. 50 Kagenbesitzer, die ihre vierbeinigen Freunde bei ersten Sitzung gleich mitgebracht hatten, haben einen Verein der Kagenbesitzer gegründet, in dem Ratsschlage über Erziehung, Fütterung, Dressur und Pflege der sonst wenig beachteten Hausfreunde erteilt werden. — Warum auch nicht. Bei den Hundebesitzern gibt es ja für jede Klasse einen Extraverein und das Vereinsgründen ist nun mal so eine Schache unserer Nation.

Rothensch. Ar. Landeshut. Ruhloses Beginnen. Gegen die Wahl des Stadtrats Lauschner-Hirschberg zum Gemeindevorsteher der hiesigen Gemeinde ist von politisch rechtsgerichteten Kreisen beim Regierungspräsidenten protestiert worden. Der Einspruch wird mit Vermerk (!) der sozialdemokratischen Gemeindefraktion begründet. Der Protest dürfte erfolglos sein. Gewisse Lauschner ist nur mit sämtlichen sozialdemokratischen Stimmen, und zwar mit einer Stimme Mehrheit (ein Mitglied der SPD-Fraktion fehlte) gewählt worden.

Strehlitz. Nordverdacht. Unter dem Verdacht ihren Ehemann erschossen zu haben, wurde die 39jährige Frau Hausmann festgenommen. Sie erklärte, daß sie ihren Mann, den Ingenieur der Tannenwalder Maschinenfabrik Adolf Hausmann, am Sonnabend früh auf dem Wege in ihrer Wohnung liegend tot aufgefunden habe und wisse sonst nichts. Da nach der Lage der Dinge Seifmann oder Kaufmann ausgeschlossen sind und man im Ofen Reste einer Browningtatsche fand — der Browning, mit dem die Tat ausgeführt worden ist, wurde bisher nicht gefunden — und nach Feststellung H. beim Eintritt in seine Wohnung einen Schuß in die rechte Schläfe erhalten hat, kritisiert man zur Verhaftung der Ehefrau. Die Verhaftete behauptet die Tat auf das entschiedenste.

Gleiwitz. Ueber die Gehaltsforderungen der Angestellten der Montanindustrie wurde gestern unter Vorsitz des Schlichters für Oberschlesien ein Schiedsspruch gefällt, nach dem ab 1. September eine Erhöhung der Gehälter um 3% Prozent eintritt. Ueber Annahme oder Ablehnung des Spruches, der bis Ende Juni 1928 gültig sein soll, sollen sich die Parteien bis 1. Oktober erklären.

Kattowitz. Um die Auflösung der Stadtparlamente mit deutscher Mehrheit. Wie W.B. meldet, soll die Auflösung der Rattowitzer und Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung durch den Vorbesitz unmittelbar bevorstehen. Die empfindenden Vertreter seien am Sonnabend zu erwarten.

Kattowitz. Poin-Sol. Der Kampf gegen die Kinderheilstätte nimmt hier immer größere Formen an. 51 deutsche Kinder wurden auf Eröffnung der widerrechtlich geschlossenen Kinderheilstätte. Mit Einleitung des einmonatigen

Schulstreikes und der Sommerferien haben die Kinder jetzt die Vierstündige lang keinen Unterricht mehr gehabt. Sie werden bedroht, daß man sie in Ketten gefesselt zur polnischen Schule bringen wolle, den Eltern wird in stundenlangen Verhören gesagt, ihre Kinder doch in die polnische Schule zu schicken, andernfalls man die Schulpflichtigen in Zwangsanstalten unterbringen werde. Mit diesen Drohungen, die jeder Grundbesitzer entbehren und alle Werkleute der strapaziösen Mägen tragen, hätte eigentlich der Staatsanwalt zu befehlen. Doch der wird schweigen bemüht werden. Das Bestreben, durch solche unsinnige und brutale Maßnahmen die deutsche Minderheit jenseits der Grenze „auszutreiben“, scheint allen polnischen Behörden gleich angelegen zu sein. Wertwändig, daß manche Kreise in Polen so wenig an der eigenen nationalen Geschichte gelernt haben.

Chorzow (Poln.-Schlesien). Vom Schlaftafelb der Arbeit. Beim Rangieren von Eisenbahnwagen wurde ein Arbeiter der Stahlhof-Fabrik der Brückstraße eingebrückt. Der trat kurz nach dem Unglücksfall ein.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.
Versammlungskalender.

Teil-Kommunal-Konferenz in Brodau.

Alle Ortsgruppen in der Umgegend Brodau haben am Sonntag, den 25. September, nachmittags 9 1/2 Uhr, an der Konferenz in Mendes Lokal teilgenommen. Genossen! Die gewaltigen Aufgaben, die uns im nächsten Jahr bevorstehen, müssen Anlaß sein, rechtzeitig mit der Aufklärungsarbeit zu beginnen. Sorgt also für guten Besuch.

Ottasch. Heute abend müssen alle Parteimitglieder an der Mitglieder-Versammlung teilnehmen. Lokal: Schattmann, Anfang 8 Uhr.

Wangern. Versammlung unter freiem Himmel am Sonntag, den 25. September, nachmittags 3 Uhr, spricht auf der Dorfaue der Kreisstadtsabgeordnete Genosse Schiffer über „Der Beitrag am deutschen Volk“. Parteigenossen, Reichsbannerkameraden von Wangern und Umgegend, sorgt für sehr guten Besuch.

Reichstagsabgeordn. Gen. Franz Feldmann

spricht in

Hundsfeld am Freitag, den 23. September, abends 20 Uhr, in Lokal „Blauer Hirsch“.

Malsch am Sonnabend, den 24. September, abends 20 Uhr, in Lokal zur Provinz in öffentlichen Versammlungen.

Genosse Franz Feldmann ist ein alter Parteiveteran und guter Redner, so daß die Versammlungsbesucher ein interessantes Referat zu hören bekommen.

Sorgt für Massenbesuch!

Wochenbericht des Kreisarbeitsnachweises Neumarkt

vom 15. bis 21. September.

In der Berichtswache ist die allgemeine Arbeitsmarktlage wieder als günstig zu bezeichnen. Eine geringe Veränderung ist in der Zahl der Erwerbslosen eingetreten, sie hat sich um erhöht. Die Körnerernte ist ergaben. Das hatte zur Folge, daß Landarbeiter zur Entlassung kamen. Zur Bergung der hochfruchteten bestete zurzeit geringe Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Nachfrage nach Landarbeitern hat sich in den letzten Tagen etwas erhöht. Der anhaltende Bedarf nach ledigen landwirtschaftlichen Arbeitern kann nicht gedeckt werden.

Ungelehrten Arbeitern war bei Straßen- und Chausseearbeiten Beschäftigungsmöglichkeit geboten. Die Bahnmeister Neumarkt stellte vier Zeitarbeiter ein.

Die Ziegeleien sind weiter gut beschäftigt. In der günstigen Arbeitsmarktlage des Baugewerbes ist keine besondere Aenderung beobachtet worden. Der Straßenbau in Sachwitz (Kottbusch) (Arbeit) wurde am 15. September beendet. Beim Chausseebau Rietznitz-Groschlaw wurden gegenwärtig 40 und bei den Flußbauarbeiten 28 Notstandsarbeiter beschäftigt.

Schmolz. „Unpolitische“ Hindenburgfeier. Was in diesen Tagen sich für Hindenburg-Feiern nicht alles engagiert ist den Einwohnern von Schmolz und Umgegend durch eine Einladung, welche von dem sogenannten unpolitischen Männergesangsverein „Eintracht“ ausgeht, wieder einmal bewiesen worden. Schon die Ueberschrift auf der Einladungskarte deutet uns an, wer hinter solcher Veranstaltung steht. Offen war man den reaktionären, konservativen Geist nicht zu zeigen, was halb lüchelt man andere Wege. Als vor längerer Zeit ein etwa fünfzigköpfiges Stück von einer hiesigen Vereinigung aufgeführt werden sollte, lief man dagegen Sturm. Heute aber veranstaltete man zu Ehren des Reichspräsidenten Hindenburg ein Fest, über dessen Zweck man ebenfalls sehr geteilter Meinung sein dürfte. Sonst kümmert man sich um die alten Mütterchen und Väterchen wenig oder gar nicht und überläßt sie ihrem Elend. Es wäre wohllich besser, nicht klingende Feste abzuhalten, sondern der Alten und Siechen hilfreich zur Seite zu stehen. Wir werden also am 1. Oktober die Hindenburgfreunde unter sich lassen und mögen sie sich zu dieser Veranstaltung einige Galaoffiziere in Wickel bestellen.

Neumarkt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonnabend, den 24. September, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zwei golden Löwen“ Mitglieder-Versammlung. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist das Erscheinen eines jedes Kameraden unbedingt erforderlich.

Neumarkt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Donnerstag auf der Chaussee Neumarkt-Diesdorf, indem ein Radfahrer, der an einem Terrain in Neumarkt teilgenommen auf dem Rückwege von einem Auto überfahren und so schwer verletzt wurde, daß er sofort ins Neumarkter Krankenhaus überführt werden mußte.

Wasserstand

23. September.

Kattow.	1,22	Rammin (Unter-Regel)	2,54
Katze (Stadt) vom 22. 9.	0,58	Dobersdorf	1,74
Neuenhünding (Unter-Regel)	1,79	Abflussmenge (einfach) 101 cbm	
Katze (Wassermessung)	2,24	Wassermenge (einfach) 101 cbm	
Erbsen	1,20	Wassermenge vom 22. 9.	6,4
		Wassermenge 15,9 t	

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Aus aller Welt.

Die betrügerischen Lotteriebeamten auf der Anklagebank.

Unter starkem Andrang von Publikum und Presse begann Donnerstag vor einem Berliner Gericht der Prozeß gegen die beiden ungetreuen Lotteriebeamten Böhm und Schleinstein. Die Anklage lautet auf Beseitigung amtlicher Urkunden, die die Nummernrollen der Preussisch-Süddeutscher Klassenlotterie darstellen, und auf Urkundenfälschung. Die beiden Angeklagten entschuldigeten ihr Tun mit Nervenleiden. Böhm hat früher einmal einen Selbstmordversuch unternommen. Sie gaben im großen und ganzen ihre Verfehlungen zu, suchten sie aber mit den Mängeln bei der Ziehung zu entschuldigen. Das Nummernrad sei bei der Ziehung immer so angefüllt, daß sehr oft zwei Nummern herauspringen. Das werde von dem überwachenden Kommissar meist übersehen. So sei das Einschütten der Nummern und die Auslosung Verhauenssache. Der Angeklagte Böhm fand nach einer Ziehung ein Nummernröllchen, das er nicht ableserte, sondern für sich behielt. Er unterrichtete Schleinstein und beide stellten fest, daß das entsprechende Los noch nicht ausgeteilt war. Darauf kamen beide überein, dieses Los zu kaufen. Gleichzeitig verabredeten sie, daß derjenige, der am Gewinnrad tätig ist, einen höheren Gewinn zurückbehält. Schleinstein bestätigte die Angaben Böhms, bezeichnete diesen aber als den eigentlichen Anstifter. Am Tage der Ziehung benutzte Schleinstein eine Störung am Gewinnrad, um eine gezogene Gewinn-Nummer über 100 000 Mark in der Hand zu behalten. Für den nächsten Tag verabredeten die beiden Beamten, daß dieser 100 000-Mark-Gewinn auf die Nummern des zweiten Hunderts fallen sollte. Das gelang, und die beiden ungetreuen Beamten waren Gewinner des Hunderttausend-Mark-Loses. In der gleichen Weise verschafften sie sich dann bei einer späteren Ziehung einen Gewinn von 50 000 Mark. Einem weiteren Versuch kam die Verhaftung zuvor. Der Vorstehende teilte dann mit, daß der entstandene Schaden bis auf 25 000 Mark gedeckt ist und wahrscheinlich noch weitere Vermögenswerte zum Ausgleich des Schadens herangezogen werden können. Böhm versichert allerdings, daß ihm 20 000 Mark durch gewerbsmäßige Taschendiebstahl gestohlen worden seien. Nach Schluß der Vernehmung der beiden Angeklagten äußerte sich ein Sachverständiger der technischen Leiter der Ziehung, der entschieden bestritt, daß die von den Angeklagten behaupteten Mängel bei der Ziehung vorhanden seien. In seiner langen Tätigkeit sei ihm kein Fall bekannt geworden, daß ein Nummernröllchen herausgesprungen sei.

Das Urteil über die Lotteriebetrüger.

Das Schöffengericht in Berlin-Mitte verurteilte am Donnerstag in vorgerückter Abendstunde in dem Prozeß gegen die Lotteriebetrüger folgendes Urteil: Lotterie-Oberinspektor Rudolf Böhm wird zu zwei Jahren drei Monaten Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe, der Lotterie-Direktor Walter Schleinstein zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Sechs Wochen Untersuchungshaft werden angerechnet. — Der Vertreter der Anklage hatte drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust bzw. ein Jahr neun Monate Zuchthaus beantragt.

Ein Verkehrsflugzeug abgestürzt.

Ein bedauerlicher Flugzeugunfall ereignete sich am Donnerstag vormittag um 10,30 Uhr auf dem Flugplatz Schwarza bei Rudolstadt. Die über das Unglück ausgehende amtliche Mitteilung besagt: Als das Verkehrsflugzeug „D. 1177“ der Norddeutschen Verkehrsflug-G. m. b. H. eben gestartet war und nach Weimar zu in einer Linkskurve den Platz verlassen wollte, stürzte es aus etwa 30 Meter Höhe ab. Beim Aufschlag wurden die Rabinnen-Inassen aus dem Flugzeug herausgeschleudert. Hierbei fand Frau Heine aus Rudolstadt den Tod, während zwei weitere Fluggäste — Frau Kenniger und Frau Anding aus Rudolstadt — verletzt wurden. Sie befinden sich beide auf dem Wege der Besserung. Der Pilot Schnabel erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß sein Tod sofort eintrat. Es steht jetzt schon einwandfrei fest, daß Fehler der Konstruktion oder des Materials oder Motorstörungen nicht die Ursache des Unfalls sind. Es handelt sich bei dem verunglückten Flugzeug um eine Messerschmidt-Maschine, die im schiffplanmäßigen Flugverkehr der Deutschen Luftflotte keine Verwendung findet.

Einbrecher im Reichswirtschaftsgericht.

In der Nacht zum Donnerstag sind in das Reichswirtschaftsgericht in Charlottenburg Geldschrank-Einbrecher eingedrungen. Sie öffneten mit einem Nachschlüssel oder Dietrich die Eingangstür des Gebäudes und die eines Zimmers im ersten Stock, in dem sich zwei Geldschränke befinden. Dort entwarben sie den einen Schrank, in dem sich Geld befand, aus, während sie den anderen Geldschrank, der leer war, unberührt ließen. Sie erbeuteten 1900 Mark. Der Einbruch wurde erst heute bemerkt.

Präsident King besucht den Reichspräsidenten.



Der Präsident der Negerepublik Liberia, Mr. King, hat dem Reichspräsidenten einen Besuch abgestattet.

Gegen die Banderolenfälscher.

Donnerstag vormittag haben Untersuchungsrichter, Kriminalpolizei und Zollfahndungsdienst einen neuen entscheidenden Schlag gegen die Zigaretten- und Banderolenfälscher geführt. Es ist gelungen, in Dresden den Hersteller der gefälschten Banderolen, Käßler, zu verhaften und seinen Betrieb zu schließen. Käßler wird auf Anordnung des Untersuchungsrichters morgen nach Berlin gebracht. Ferner wurde auf Grund eines Haftbefehles des Untersuchungsrichters und mehrerer deutscher Gerichte der Zigarettenfabrikant Benno Wandt, der schon einmal im November vorigen Jahres festgenommen worden war und sich vorübergehend in Untersuchungshaft befand, verhaftet. Wandt hat, wie festgestellt wurde, seit Mitte August in Berlin in einem Geheimbetriebe mindestens 280 000 unversteuerte Marken-Zigaretten gefälscht, von denen der größere Teil sichergestellt werden konnte. Während Wandt festgenommen wurde, kam einer seiner Hauptabnehmer, der Zigarettenrohnhändler Westenberger aus Weiskalen, hinzu und wurde gleichfalls festgenommen. Schließlich entschloß sich heute die Polizei, dem Zigarettenfabrikanten Pöscharsky, der in seiner Fabrik in der Reschenberger Straße gefälschte Zigaretten der bekanntesten Firmen herstellte, festzunehmen.

Explosion in einem Umformerwerk der Berliner Elektrizitätswerke.

Infolge Explosion eines Delfüllschalters in dem Umformerwerk der Städtischen Elektrizitätswerke am Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal in Berlin brach Donnerstag früh Großfeuer aus, das nur unter Zuhilfenahme sämtlicher Feuerlöcher der Berliner Feuerwehr auf seinen Herd beschränkt werden konnte. Mehrere bewußtlos gewordene Arbeiter wurden von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. Da derartige Explosionen in letzter Zeit häufiger vorgekommen sind, sollen nunmehr sämtliche Wählüge der Berliner Feuerwehr mit solchen Feuerlöschern ausgerüstet werden.

Zum Delbrand in Umformerwerk der Berliner Elektrizitätswerke.

Zum erstenmal seit Einführung der Schaumlöschapparate wurde ein umfassender Schaumlösch-Angriff mit mehreren Apparaten unternommen, wobei sich dieses Vorgehen als hervorragend bewährte. Die feurige Masse wurde völlig durch Schaum abgeriegelt und auf den brodelnden Delfüllschalter, in dem sich noch etwa 1 1/2 Kubikmeter Del befanden, Schaum gegossen.

Ein Erziehungsheim aufgelöst.

Das Erziehungsheim in Berlin (Neumarkt), das kürzlich der Schluß einer großen Meuterei war, ist aufgelöst worden. Das jugendfürsorgeamt Berlin hat keine Zöglinge zurückgelassen. In den leerstehenden Räumen soll nunmehr ein Altersheim eingerichtet werden.

Die Renten- und Pfandbrief-Fälschungen.

In der Angelegenheit der umfangreichen Fälschungen von Renten- und Pfandbriefen, die in Berlin vor einiger Zeit aufgedeckt wurden, wurden neuerdings zwei Posten von Fälschungen entdeckt, und zwar bei einem Berliner Notar schleswig-holsteinische und brandenburgische und in einer kleinen Bank in der Charlottenstraße hannoversche Rentenbriefe. Im Zusammenhang hiermit wurden ein Bankier aus dem Westen der Stadt und ein Bankbeamter festgenommen, die sich mit den Fälschern eingelassen haben sollen. Festgestellt wurde, daß ein Geschäft in Saarbrücken um 93 000 Mark geschädigt worden ist.

Auf dem Rücken liegend von Köln nach Bonn.

Eine einzigartige Flugleistung vollbrachte der bekannte Kunstflieger Fieseler. Er drehte, nachdem er gestern nachmittag um 4 Uhr in Köln aufgestiegen war, kurz nach dem Start sein Flugzeug in die Rückenlage und flog so, mit dem Kopf nach unten, die ganze Strecke Köln-Bonn (Hangelar) in 15 Minuten. In der gleichen Lage überflog er dann noch zweimal den Flugplatz, wendete dann sein Flugzeug und landete glatt. Auf diesem Rückenfluge wurde Fieseler durch den Betriebsleiter des Kölner Flughafens von einem Begleitflugzeug aus kontrolliert. Fieseler war nach seiner Landung in Bonn ziemlich erschöpft.

Keine Schließung der Kindergärten in Leipzig.

Der Rat der Stadt Leipzig hat entsprechend dem Gutachten des Stadtbezirksarztes beschlossen, zunächst von der durch einen Dringlichkeitsantrag der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung geforderten Schließung der Kinderhorte, Fingertagesheime und Kindergärten abzusehen. Für alle diese Anstalten ist im übrigen eine erweiterte ärztliche Aufsicht angeordnet worden.

Die spinale Kinderlähmung in Leipzig.

Die Gesamtzahl der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung ist bis zum 21. September von 84 auf 90 gestiegen, davon 27 schulpflichtige, 61 vorschulpflichtige Kinder und 7 Erwachsene. Die Gesamtzahl der Todesfälle hat sich um einen auf 16 erhöht.

Zwischenflugzeuge im Dienst der Choleraabkämpfung.

Nachdem schon am 11. August ein einmotoriges Junkers-Flugzeug der Type W 33 mit 500 Kilogramm Cholera-Impfstoff nach Persien abgeflogen war, ist am 14. September die Siegermaschine im Schweizerischen Alpenflugwettbewerb, die dreimotorige G 31, mit ihrem Piloten Waldemar Köder in Teheran gelandet. Die Maschine hatte 1500 Kilogramm Cholera-Impfstoffe und Medikamente an Bord, die zur Bekämpfung der Cholera in Persien dienen sollen. Von Dessau über Königsberg, Moskau, Baku nach Teheran fliegend, hat die G 31 die Gesamtflugstrecke Dessau-Teheran in einer reinen Flugzeit von ungefähr 33 Stunden zurückgelegt.

Mord und Selbstmord.

Der 35 Jahre alte Schuhmacher Johann Rtes lauerte gestern abend in einem Hause an der Hohenzollernstraße in München auf die dreißig Jahre alte Striderin Karolina Wogner, die vor einigen Tagen seinen Liebesantrag abgewiesen hatte, und tötete sie durch einen Schuß in den Kopf. Der Täter flüchtete durch mehrere Straßen und gab auf seine Verfolger einige Schüsse ab, ohne zu treffen. Schließlich sprang er über einen Zaun und erschöpfte sich.

Eisenbahnfrevel.

Am 16. September legte bei Annäherung des Bed. Gz. 5014 an das Einfahrsignal des Bahnhofs Keuthen bei Erben-dorf ein etwa 20jähriger Mann eine 2 Zentimeter starke gußeiserne Herdplatte auf das Gleis. Die Lokomotive zertrümmerte das Hindernis, wobei an Fahrzeugen noch am Gleis entstand ein Schaden. Die Untersuchung ist im Gange. Für die Ermittlung des Täters hat die Reichsbahndirektion eine Belohnung von 200 RM. ausgesetzt.

Ingenieur Mayr-Lori verhaftet?

Nach einem Telegramm des deutschen Konsulats in San Sebastian ist dort Mittwoch ein aus Oesterreich stammender Mayr-Lori, der sich durch seinen Paß ausweise, unter dem Verdacht verhaftet worden, mit dem wegen Doppelmordes verfolgten Ingenieur Kurt Mayr-Lori identisch zu sein. Der Verdacht steht bekanntlich im Verdacht, bei der Inlet Justiz die Hausangestellte Margarete Stephan ermordet zu haben.

Nemis im Weltmeisterschaftskampf.

Die zweite Partie um die Schwertmeisterschaft zwischen Capablanca und Aljechin endete am Dienstag mit einem Nemis, das Capablanca, der schwarz spielte, nach 19 Zügen erzwang.

Ein Deutscher in Indien ermordet.

Der britische Geschäftsträger in Berlin hat im Auftrage seiner Regierung der Reichsregierung mitgeteilt, daß am 9. September in Merui Juhed-Birma ein Deutscher namens Kummer von einem Chinesen ermordet worden sei. Nach einem Drahtbericht der indischen Regierung scheint der Ermordete einer verhängnisvollen Verwechslung zum Opfer gefallen zu sein. Weitere Einzelheiten, insbesondere auch über die Persönlichkeit des Ermordeten, stehen noch aus.

Petroleumexplosion in Rumänien.

In der Raffinerie „Rega“ in Ploesti (Rumänien) sind zwei Reservoirs mit ungefähr 200 Wagenladungen Petroleum explodiert. Der Schaden beträgt etwa 10 Millionen.

Liquidierung des Analphabetentums in der Sowjetunion.

In der Zeit von 1921 bis 1927 haben über 53 Millionen Personen die Schulen zur Liquidierung des Analphabetentums absolviert. Zieht man in Betracht, daß manche dieser Schulen in dieser Zeit von zwei Schülern besetzt wurden, so muß die Zahl der Personen, denen elementares Wissen beigebracht worden ist, auf über 10 Millionen beziffert werden. Zum 1. Dezember 1926 waren in der Sowjetunion 46 759 Stellen zur Liquidierung des Analphabetentums mit 1 515 969 Schülern gegen 44 375 Stellen mit 1 396 021 Schülern im Jahre 1925 tätig. Besonders rege entwickelte sich die Arbeit auf dem Lande: 88,2 Prozent der gesamten Schulen zur Liquidierung des Analphabetentums entfallen auf das flache Land.

Eisenbahnunglück in Rom.

Donnerstag morgen ist aus noch nicht ermittelter Ursache ein Güterzug auf dem Tibera-Bahnhof in Rom auf einen dort gerade angekommenen Sonderzug mit ehemaligen Kriegsteilnehmern aus Brescia aufzufahren. Zwei Wagen des Sonderzuges wurden fast vollständig zerstört, andere beschädigt. Etwa 50 Personen wurden verletzt, darunter zehn schwer.

Ein Flugzeug in Kalifornien vermisst.

Ein Flugzeug, das mit einem lebenden Löwen in einem Käfig am Freitag einen Neufahrer für einen Filmkongress nach New York antrat, hat sich anscheinend in einer Gegend Südkaliforniens oder Nordarizonas verirrt. Neue Flugzeuge haben bisher vergeblich Nachforschungen angestellt.

Tunney schlägt Dempsey erneut.

In dem in Chicago zwischen Tunney und Dempsey am Donnerstag ausgefochtenen Weltmeisterschaftskampf im Boxen siegte Tunney nach Punkten. Dem Kampf wohnten tausende und abertausende von Menschen bei. Allein für den Weltverkauf sind drei Millionen Dollar eingenommen worden.

Die Beisehung der 300 000.

Am selben Tage, als Deutschlands Nationalisten die Schlacht bei Tannenberg feierten, wurde bei Douaumont vor Verdun eine Totenfeste eingeweiht, in der die Gebeine von 300 000 gefallenen deutschen und französischen Soldaten beigesetzt werden. Von Militär wurden die Särge mit den Gebeinen der vor Verdun nutzlos geopfertten Soldaten, deren Nationalität nicht mehr festzustellen ist, nach dem Totenhaus transportiert. Der erst zum Teil fertiggestellte Bau wird von einem 42 Meter hohen Turm überragt.



Gewerkschaftsbewegung.

Kongress der Beamten-Internationale.

Im Mittelpunkt der Generaldebatte auf dem Nürnberger Kongress der Beamten-Internationale stand die Frage des Verhältnisses der I. A. zu der Internationale der Bediensteten öffentlicher Betriebe.

Seit der Deutschland brachte zum Ausdruck, dass der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Zusammenarbeit mit dieser Internationale dringend wünsche. Er verlangte von Woodhoff eine Erklärung darüber, ob er bereit ist, noch einmal mit dieser Internationale zu verhandeln. Die Organisationen, die Beamte und Arbeiter national organisiert, können international nicht auseinandergerissen werden. Ein Zusammenarbeiten ist deshalb notwendig, schon aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dr. Völkner: Deutschland verlangt, dass die Arbeit der I. A. sich mehr als bisher den wirtschaftlichen Fragen der Beamten zuwenden. Dr. Völkner: Schweiz begründete an Hand der Schweizer Verhältnisse, dass seine Trennung der Arbeiter von den Beamten in der Internationale öffentlicher Betriebe nicht möglich sei. Laurent: Frankreich trat dafür ein, dass die Anknüpfungsbedingungen der Beamten künftig eingehender behandelt werden. Er forderte eine Umfrage über die Rechts- und Verhältnisse. Dorer: Österreich wies darauf hin, dass das Verhältnis zur Internationale der öffentlichen Betriebe von der I. A. aus freundschaftlicher ist als von der anderen Seite her. Die Ursache hierfür liege in den besonderen Verhältnissen einzelner Länder, so seien z. B. in Belgien alle Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Betriebe in einer Organisation zusammengeschlossen.

In der Einzelsprache teilte Woodhoff mit, dass die Enquete über Pensionen infolge Überlastung und aus finanziellen Gründen noch nicht vollständig durchgeführt werden konnte. James: England fordert eine Enquete über die Beamtenvertretungen in den einzelnen Ländern. Dr. Völkner: Deutschland trat dieser Anregung bei. Dorer: Österreich sprach die Frage des Verhältnisses zur Internationale der Kopfarbeiter an und teilte mit, dass das Internationale Arbeitsamt eine Kommission für diese Frage eingeleitet habe. Viele Kommissionen müsse durch Einbeziehung der Beamtenangelegenheiten erweitert werden. James: England wies darauf hin, dass angeheben des englischen Anti-Gewerkschaftsgesetzes die englische Organisation Ende des Jahres die Mitgliedschaft in der I. A. aufgeben muß. Sie werde aber trotzdem mit der I. A. soweit als möglich in Verbindung bleiben.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung erhielt zunächst Professor Lederer, Heidelberg das Wort zu einem Vortrag „Die Beamten in der Volks- und Weltwirtschaft“. Der Vortrag wird als Broschüre erscheinen. Der Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, Boissier, dankte für die Einladung nach Nürnberg und behandelte dann eingehend die Möglichkeiten des I. A., sich mit den Beamtenfragen künftig mehr zu befassen. Das Büro des I. A. könne z. B. eine Untersuchung über die Frage der Beamtenvertretungen unterstützen. Bedauerlicherweise seien die Organisationsverhältnisse der Beamten noch sehr zerstückelt. Das erschwere dem I. A. die Beschäftigung mit Beamtenfragen. Laurent: Frankreich sprach Boissier den Dank des Kongresses aus und bat ihn, diesen Dank auch dem I. A. zu übermitteln.

Die letzten Betriebsratswahlen bei der Eisenbahn.

Bei der Reichsbahn finden alljährlich im Mai die Betriebsratswahlen statt. In einem Wahlgange werden gewählt: Die örtliche Betriebsvertretung, die Bezirksvertretung und der Hauptbetriebsrat. Ueber das Ergebnis der Wahl zu den Betriebsratmitgliedern und zum Hauptbetriebsrat haben wir bereits berichtet; nun liegt auch das örtliche Wahlergebnis vor. Nach den Feststellungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands sind in 5007 Dienststellen 16 888 Betriebsratsmitglieder einschließlich der Betriebsobmänner gewählt. Von der Gesamtzahl der Mandate entfielen auf den freigewerkschaftlichen Einheitsverband 13 218 (78,38 Prozent), auf die christliche Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (G. d. E.) 2172 (12,89 Prozent), auf den Christlich-Deutschen Allgemeinen Eisenbahnerverband (A. E. V.) 719 (4,23 Prozent) Mandate. Der Rest verteilt sich auf verschiedene sonstige Organisationen (231 Sitze) und die unorganisierten, die 534 Sitze erhielten.

Der Gewinn des Einheitsverbandes beträgt 1548 Mandate; der G. d. E. gewinnt 381 Sitze, während der A. E. V. gegen das Vorjahr 20 Mandate verliert.

Das für den Einheitsverband günstige Wahlergebnis zum Hauptbetriebsrat und zu den Bezirksbetriebsräten tritt bei dem örtlichen Wahlergebnis noch stärker in Erscheinung. Sein Stimmenanteil betrug bei der Wahl zum Hauptbetriebsrat 73,08 Prozent; sein Anteil an den örtlichen Mandaten beträgt dagegen 78,38 Prozent, die Steigerung demnach 5,3 Prozent. Der Anteil der übrigen Organisationen an dem örtlichen Ergebnis tritt gegenüber der Wahl zum Hauptbetriebsrat zurück. Der Anteil der G. d. E. am örtlichen Ergebnis ist um 5,52 Prozent, der des A. E. V. um 2,09 Prozent geringer als beim Hauptbetriebsrat. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß die Gegner des Einheitsverbandes ihr Hauptgewicht auf die zentrale Vertretung im Hauptbetriebsrat legen. Sie wollen anstreben von der für sehr schwierigen und mühseligen Arbeit in den örtlichen Vertretungen nichts wissen und übertragen gerne die Verantwortung dem Einheitsverband. Einzelfallweise ist die Zahl der unorganisierten Betriebsratsmitglieder von 1042 im Vorjahre auf 534, also um die Hälfte, zurückgegangen. Es wird Aufgabe der Funktionäre und Mitglieder des Einheitsverbandes sein, diesen Zustand reiflos zu beseitigen, da unorganisierte Betriebsräte eine Gefahr für die Betriebsgemeinschaft bedeuten und ein Spielball in der Hand der Verwaltung sind.

Das äußerst günstige Wahlergebnis muß für die freigewerkschaftlichen Eisenbahner ein neuer Ansporn sein, für die Ausbreitung des Einheitsverbandes zu werben und seine Kampfkraft zu erhöhen, um die Reichsbahngewerkschaft zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zwingen.

Die Reichsbeschäftigten an die preussischen Staatsforstarbeiter wird endlich angezapft.

Wie erinnerlich, nahm der Preussische Landtag am 17. März dieses Jahres mit 822 gegen 22 Stimmen folgenden sozialdemokratischen Antrag an:

Das Staatsministerium wird ersucht, den in der Sitzung des Landtages vom 17. Dezember 1926 einstimmig angenommenen Antrag, Preussische Nr. 4721, betreffend einmalige Zuwendung, Weihnachtsgelage an Staatsbeamte, angestellte und Arbeiter, zu ansatzieren, daß diese Zuwendung auch hinsichtlich dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unmittelbar und mittelbar unterstellten Staatsarbeitern und Arbeiterinnen gewährt wird. Für nicht ständig beschäftigte Staatsarbeiter und Arbeiterinnen läßt eine entsprechende Staffierung der Zuwendung in Frage.

Der Zweck, den die Sozialdemokratische Fraktion mit diesem Antrag erreichen wollte, war hauptsächlich der, auch die preussischen Staatsforstarbeiter in den Genuss einer Weihnachtsgelage zu bringen. Das sollte ja schon nicht schwierig sein. Der preussische Finanzminister erhob allerlei formale Bedenken gegen die Gewährung der Zuwendung an die Staatsforstarbeiter. Er behauptete, es sei dem Staatlichen Forstwesen nicht möglich, die Staatsforstarbeiter zu zahlen. Der preussische Landwirtschaftsminister hat in diesen Tagen eine Verfügung erlassen, worin es heißt:

Arbeiter, die am 31. Dezember 1926 in einem Arbeitsverhältnis bei der Staatsforstverwaltung standen und die in dem Jahr zwischen dem 1. April und 1. Dezember 1926

mindestens 90 Arbeitstage bei der Staatsforstverwaltung aufweisen können, erhalten eine einmalige Zuwendung in Höhe des 48fachen Betrages des damaligen tarifmäßigen Stundenlohnes zuzüglich etwaigen Frauen- und Kinderzuschlages. Die Zuwendung ermäßigt sich bei 80 Arbeitstagen auf den 32fachen, bei 70 Arbeitstagen auf den 16fachen Betrag des Stundenlohnes.

- Als Arbeitstage gelten auch:
1. die in den Wirtschaftsbetrieben der Staatsforstbeamten aufgewendeten Arbeitstage;
 2. die innerhalb der Staatsforste mit Genehmigung der Staatsforstverwaltung auf Rechnung Dritter geleisteten Arbeitstage, soweit sie mit der Werbung des Holzes in Verbindung stehen;
 3. bezahlte Urlaubstage;
 4. die in diese Zeit fallenden, als solche von der Krankenkasse anerkannten Krankentage;
 5. sonstige Lohnfortzahlungstage.

Staatsforstarbeiter, die mit Ende Dezember 1926 aus dem Staatsforstbetrieb ausgeschieden sind, aber die Voraussetzungen für die Gewährung der einmaligen Zuwendung erfüllt haben, erhalten die Sonderzahlung auf Antrag. Der Antrag muß bis zum 1. Oktober 1927 gestellt sein.

So die Verfügung des Preussischen Landwirtschaftsministeriums. Offenlich stellt sich das Preussische Finanzministerium künftig großzügiger ein und verhält sich nicht mehr auf einem Standpunkt, der die preussischen Forstarbeiter in monatlang ständiger Erregung hält.

Die Vorkehrungen der Eisenbahner-Gewerkschaften.

mit der Reichsbahnhauptversammlung zur Neuordnung der Löhne hatten so gut wie kein Resultat. Das lag zum Teil daran, daß die Hauptverwaltung erst abwarten will, wie sich die Neuordnung der Beamtensoldung für die Reichsbahn auswirkt. Erst nach der Beamtensoldung können die Lohnverhandlungen richtig in Fluß kommen. Es ist daher auch kaum damit zu rechnen, daß, wie es in einem Teil der Presse heißt, den Organisationen noch im Laufe dieser Woche die Stellungnahme des Generaldirektors zu den Lohnforderungen mitgeteilt wird. Daß die Reichsbahn von einer generellen Erhöhung der Löhne nichts wissen will, ist bei der wenig sozialen Einstellung der Reichsbahnleitung nicht weiter verwunderlich. Sie möchte sich am liebsten mit einigen kleinen lokalen Angleichungen an die Industrielöhne um eine Lohnerrhöhung herumdrücken. Damit können sich natürlich die Organisationen der Eisenbahner bei der Steigerung der Lebenshaltungskosten unmöglich abfinden. Eine Erhöhung der Industrielöhne ist notwendig und unaufhaltbar und schon deshalb kann der Eisenbahnarbeiter, die ohnehin in der Entlohnung immer einige Werbestrecken hinter der Industriearbeiterschaft marschieren, eine Verbesserung ihrer Bezüge unmöglich verweigert werden.

Der Streik der Heizungsmonteurs im Bezirk Hannover ist erfolgreich abgeklungen worden. Insgesamt betrugen die Holzmonteure 18 bis 17 Pfennig pro Stunde, für die Hilfsmonteure 14 bis 17 Pfennig und für die Helfer 11 bis 14 Pfennig. Die Landzulage bei Montagen mit Übernachtung wird ab 1. September auf 5,50 Mark, ab 1. Januar auf 5,75 Mark erhöht. Bei Montagen unter sechs Tagen Dauer erhöhen sich diese Sätze um 1,25 Mark pro Tag. Ebenso werden die Honorarzulagen entsprechend der Lohnsteigerung erhöht. Ferner haben dem Verhandlungsergebnis zugestimmt, die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Zur Aufklärung.

Ueber die Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkassen und die vielfachen Angriffe aus den Kreisen der Arbeitgebererschaft war in der Nr. 221 der „Volkswacht“ vom 21. September bereits bekanntgemacht worden, daß am nächsten Dienstag eine Volkerverammlung der Gewerkschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte stattfinden sollte. Aus einem wichtigen Grunde mußte diese Versammlung in großer Eile das Gewerkschaftshaus in Breslau auf

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9,30 Uhr, verlegt werden. Es wird gebeten, diese Terminänderung überall bekanntzumachen und darauf hinzuwirken, daß die Versammlung gut besucht wird.

Die Berliner Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner.

nahmen am Donnerstag Stellung zu der ablehnenden Haltung der Reichsbahnverwaltung gegenüber dem Wunsche, die Löhne der Eisenbahner möglichst noch vor dem 1. Oktober zu erhöhen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Eisenbahner an die Gewerkschaften appellieren und um die Unterstützung in ihrem Kampfe zu unterstellen.

Wahlung, Steinmeyer!

Die Firma Gebr. Frießede-Berlin führt hier im Erweiterungsbau der Technischen Hochschule Kunststeinarbeiten aus, die in Kürze feierlich fertiggestellt werden. Laut Bauzeitung vom 17. September und Bericht der Bauzeitung Berlin ist die Firma für alle Bauverkommen wegen Tarifstreik Arbeitslosen Kollegen und Interessenten diene es zu Kenntnis.

Spart in der Bant der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Gewerkschaftshause.

Wirtschaft.

Außenhandel im August.

Zufällige Besserungen.

Uns wird geschrieben:

Das Reichstatistische Amt gibt die gesamte deutsche Einfuhr für den Monat August mit 1210,14 Millionen Mark (im Monat Juli 1282,75 Millionen Mark) und die Gesamtausfuhr mit 870,37 Millionen (im Monat Juli 848,54 Millionen) Mark an. Im reinen Warenverkehr (ausschließlich Gold und Silber) macht die Einfuhr 1160,79 Millionen Mark (im Juli 1278,11 Millionen) und die Ausfuhr 868,59 Millionen Mark (im Monat Juli 847 Millionen Mark) aus. Es ergibt sich also im reinen Warenverkehr ein Einfuhrüberschuß (Passivsaldo) in Höhe von 292 Millionen Mark gegenüber 431 Millionen Mark im Vormonat.

Damit ist eine Besserung im deutschen Außenhandel eingetreten, wenn die Bilanz auch immer noch stark passiv bleibt. Es fragt sich nur, ob wir es hier mit einer grundsätzlichen Besserung zu tun haben, und ob wir an den verringerten Einfuhrüberschuß im Monat August die Erwartung einer weiteren Verbesserung der Bilanz knüpfen dürfen? Um diese Frage beantworten zu können, ist es schon notwendig, die Veränderungen der Hauptposten in unserer Handelsbilanz für einen größeren Zeitraum ins Auge zu fassen. Wir vergleichen deshalb in unserer Zusammenstellung die Hauptposten der Bilanz im Monat August 1927 mit dem Stand im Monat August 1926 und 1925. Dazu muß bemerkt werden, daß eine solche Vergleichung immer hinkt. Das Jahr 1926 war ein ausgeprägter Krisenjahr, während des Jahres 1925 stark unter dem Einfluß der im Hochsommer 1925 erhöhten Zölle stand, die die deutsche Wirtschaft nahm für ein Jahr im Schatten der Zölle. Die Einfuhr 1925 stark gesteigert wurde, während sie im Jahre 1926, infolge der Krise, unter Druck stand. Die Hauptposten in der Bilanz selbst entwickelten sich wie folgt:

	August 1927	August 1926	August 1925
(in Millionen Reichsmark)			
Einfuhr im reinen Warenverkehr	1160	920	1147
Ausfuhr im reinen Warenverkehr	868	834	725
Einfuhrüberschuß im reinen Warenverkehr	292	86	423
Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken	336	383	453
Einfuhr an Rohstoffen und Halbfertigwaren	583	420	552
Fertigwarenausfuhr	628	571	552

In unserer Zusammenstellung interessiert vorerst die Lebensmitteleinfuhr, die eine starke Belastung der deutschen Außenhandelsbilanz darstellt. Sie liegt im August 1927 ungefähr auf der gleichen Höhe des Monats August 1926, aber unter dem Augustergebnis im Jahre 1925. Im Juli 1927 machte die Lebensmitteleinfuhr rund 437 Millionen Mark aus. Sie stellte sich also im Monat August gegenüber dem Juli bedeutend. Die Verringerung des gesamten Einfuhrüberschusses im August 1927 ist auch in der Hauptfache auf eine verringerte Lebensmitteleinfuhr zurückzuführen. Festgestellt werden muß, daß die Lebensmitteleinfuhr mit 437 Millionen Mark im Juli 1927 außerordentlich hoch lag. Im Jahre 1927 machte sie im Monatsdurchschnitt ungefähr 325 bis 330 Millionen Mark aus. Die verringerte Einfuhr an Lebensmitteln im Monat August erklärt sich aus dem großen Teil rein importiert. So ist die Weizeninfuhr z. B. um rund 24 Millionen Mark zurückgegangen und die Korninfuhr um etwas mehr als 14 Millionen Mark. Die nächsten Monate können hier schon eine Erhöhung der Einfuhr bringen. Deshalb hat wir der Auffassung, daß die Besserungen in unserer Außenhandelsbilanz durchweg zufälligen Natur sind.

Unserer Ansicht nach dürfte es noch kein Grund zur Freude sein, daß die Einfuhr der Rohstoffe im August 1927 um 583 Millionen Mark gegenüber 420 Millionen Mark im August 1926 und 552 Millionen Mark im Jahre 1925, das im Zeichen der Beschränkungen infolge der erhöhten Zölle stand. Die Einfuhr des Monats August mit 583 Millionen Mark entspricht auch der monatlichen Durchschnittseinfuhr während des Jahres 1927. Die erhebliche Rohstoffinfuhr ist ein Ausdruck einer guten

Konjunktur anzusprechen. Selbstverständlich wird mit dem Abtauen der Konjunktur die Rohstoffinfuhr zurückgehen.

Der Schwerpunkt in der Bilanz liegt aber in der Fertigenwarenausfuhr. Sie machte im Januar 1927 rund 500 Millionen Mark aus. Dann trat im März eine Steigerung auf 600 Millionen Mark und im Juli 1927 eine weitere Steigerung auf 633 Millionen Mark ein. Die Ausfuhr im Monat August hat sich also gegenüber dem Monat Juli um rund 5 Millionen Mark abgeschwächt. Im August 1926 betrug die Fertigenwarenausfuhr 552 Millionen Mark und im August 1925 571 Millionen Mark. Die Steigerung im August 1926 erklärt sich durch die Krise, da in Krisenzeiten Neigung besteht, für den Bedarf des Inlandsabsatzes Ausgleich durch den Warenverkauf nach dem Ausland zu suchen. Zur Zeit der guten Konjunktur, wie wir sie gegenwärtig haben, tritt das Gegenteil ein. Deshalb ist die starke Steigerung der Fertigenwarenausfuhr im Juli 1927 gegenüber den Jahren 1926 und 1926 als Zeichen einer günstigen Entwicklung aufzufassen. Hier machen sich ohne Zweifel die abgeschlossenen Handelsverträge bemerkbar, denn aber auch wohl die in Deutschland vorgenommene wirtschaftliche Umstellung.

Die Abschwächung der Fertigenwarenausfuhr im Monat August 1927 dürfte zufälliger Natur sein. An der Annahme ist nur allen Dingen der Maschinenexport (mit 12,5 Millionen Mark) beteiligt, der aber in den Sommermonaten immer still liegt. Die gesteigerte Ausfuhr im reinen Warenverkehr von 847 Millionen Mark im Juli auf rund 868 Millionen Mark erklärt sich einerseits durch eine gesteigerte Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken (7 Millionen Mark) und durch eine gesteigerte Ausfuhr an Rohstoffen und Halbfertigenwaren, die um 19,5 Millionen Mark zunahm.

Reichsteuerverteilungen an die preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mittelt, gibt der Minister des Innern folgende Steuerverteilungen bekannt:

	August	September	Insgesamt
a) Einkommensteuer:	Rpf.	Rpf.	12. Ct. 1927
Gemeinden	0,05	0,20	0,25
Landkreise	0,01	0,03	0,04
Provinzen	0,005	0,015	0,02
b) Körperschaftsteuer:	Rpf.	Rpf.	6. Rp. 1927
Gemeinden	1,50	—	1,50
Landkreise	0,25	—	0,25
Provinzen	0,10	—	0,10
c) Umsatzsteuer:	Rpf.	Rpf.	6. Pf. 1927
Gemeinden	6,00	12,00	18,00
Landkreise	1,50	2,50	4,00
d) Kraftfahrzeugsteuer:	RM.	RM.	6. Rfa. 1927
1. Allgemeiner Teil der Bron.- und Bez.-Verbände, der Stadigem. Berlin, des Landeskomm.-Verb. der hohenzollernschen Lande und des Lauenburg. Landes-Lomunal-Verbandes	1 392 600	2 441 600	3 834 200
2. Sonderanteil für die Rheinprovinz, h. Prov. Westfalen und des Bez. Westf. des Reg.-Bez. Wiesbaden	348 072	610 410	958 482
3. Allgemeiner Teil der Stadt- und Landkreise	685 800	1 017 860	1 683 660
	RM.	RM.	12. Dot. 1927
e) Dotationen	875 700	657 300	1 533 000
f) Staats- und Landkreise	Rpf.	Rpf.	5. Pf. 1927
	21,00	—	21,00

Die Ausschüttung erfolgt durch die Regierungsvorstände unter Zugrundelegung der im (1926) bekannten Schlußbilanz der Gemeinde (jeder Gemeindeverband) für den (1926) aufzubringenden Beitrag zu errechnen.

Der durchschnittliche Berliner Wägen-Konjunkturindex für dieses Jahres ab mäßigster Station 244,2 Reichsmark.

Für die Frauen

Es lebe die Erfinderin des Camembert!

Von Anne-Marie de Grazia.

Nun ist es entschieden! Frau Harel, die sicher jedem ins Gedächtnis gelassen hat, dass sie ihr Mitgefühl hätte, daß man sie einmal auf einem Postamt vorzeigen würde, und daß diese Ehre bestimmt nicht bei Lebzeiten träumen ließ, wird ein Denkmal erhalten, denn es hat sich bereits ein Ausschuss gebildet, an dessen Spitze kein geringerer als der Bürgermeister von Bismouville und der Amtshauptmann stehen.

Zwar ist der Name der Madame Harel der großen Menge recht unbekannt, aber man ginge fehl, wenn man annähme, er habe nur lokale Bedeutung. Der Ruhm des Namens Harel fand nicht nur in Frankreich Verbreitung, überlief selbst die Meere, denn Herr Knirim ist eigens von Newport vergangenes Jahr herübergekommen, um auf dem Grabe der Frau Harel einen Kranz niederzulegen und eine hohe Summe für ihr Denkmal zu spenden. Ganz offen gestanden, die Bewohner der engeren Heimat der Madame Harel waren aufs höchste überrascht, als sie Herrn Knirim feierlich antommen sahen, oder sie haben ihm nichtsdestoweniger einen sehr freundlichen Empfang bereitet.

Nun wollen wir aber doch endlich etwas Genaueres über Frau Harel selbst hören, nicht wahr? Also Madame Harel war eigentlich eine ganz einfache Bauersfrau in Camembert, die mit ihrem praktischen, erfindertischen Sinn, so um 1791 den Einschnitt hatte, ihren wohlgeschmeckten Käse in hübsches Staniolpapier zu wickeln und ihn so in den Handel zu bringen. Das war die Geburtsstunde des Camembert.

Aber Frau Harel hatte nicht angenommen, daß er so einen Siegeszug durch die ganze Welt antreten würde! Vierzig Jahre später verstand es ihre Tochter, ihm mehr Geltung zu verschaffen, so daß der Käse erst in der näheren und ferneren Umgebung von Camembert bekannt wurde und dann die Bewohner der Normandie den Vorzug hatten, ihn zu genießen. Als aber eines Tages Napoleon III. die Eisenbahnlinie Paris—Granville einweihete und in Surdon frühstückte, servierte man ihm auch einen Camembert. Er fand ihn vorzüglich, erkundigte sich, woher er komme und befohl, daß er von nun an auch einzig in die Telleren halten, und von da aus verbreitete er sich in Paris.

Die Nachkommen der Frau Harel wußten daraus Kapital zu schlagen. Sie hatten den guten Instinkt, mit dem Geld nicht zu knausern und es zu Restamezucken zu verwenden.

Die Spanier wollten den Franzosen diesen Käse nicht gönnen und veruchten es, ihm spanische Abkunft unterzuschreiben, aber es ist erwiesen worden, daß der spanische Camembert mit dem französischen nichts gemein hat. Infolge dieser Missifikation verlor man es zurzeit, den Originalkäse aus Camembert, nach dem bekannten Ausdruck: „Gut ist nur, was echt ist!“ zu schätzen.

Aber um auf das Denkmal zu kommen! Weil man beabsichtigt, daß sich die Reisenden, selbst dankbare Feinschmecker, nicht bis in das kleine Dorf Camembert verlieren würden, um Frau Harel ihre Verdienste darzubringen, errichtet man es in Vimoutier, der Hauptstadt des Kantons. Es wird eine Bäuerin aus der Gegend von Auge in der Tracht jener Zeit darstellen, denn man besitzt leider kein authentisches Bild der Camembert-Erfinderin. Natürlich wird es sich der Künstler nicht nehmen lassen, sie jung und schön zu gestalten, und er wird recht haben, denn Frau Harel war erst 30 Jahre alt, als sie den Käse erfand, und im großen ganzen sind die Frauen der Normandie alle hübsch.

Sicher wird es auch bestimmte, überaus tüchtige Leute geben, die sich voll Entzückung über dieses Denkmal lustig machen werden, aber hoffentlich gibt es genug Weise, die sich sagen, es ist doch viel besser, man errichtet Leuten ein Denkmal, die unsere Nahrung nicht schmachhaft zu machen verstehen, als jenen, die nur Mittel erfinden, um die Menschheit zu töten.

Richard Wagners Tristan-Sommer.

Vor 70 Jahren verlebte Richard Wagner in der Villa Wesendonck in Gize bei Zürich seinen schmerzlichen Tristan-Sommer.

Es war ein Jdyl — und es war das einzige in Wagners ganzem Leben. Ihm war eine sturmbewegte Epoche vorhergegangen und stürmische Jahre sollten ihm folgen. Seit 1848 als Revolutionär aus Deutschland verbannt, hatte Wagner unruhige Jahre in Zürich, wo sein Egl begann, in London, Paris und Genf, hinter sich. Über es entstand Werk um Werk: seit 1853 war die Dichtung zum „Ring des Nibelungen“ beendet; 1854 die Rheingoldpartitur, 1856 die der Walküre, und der Siegfried wurde im nächsten Jahre begonnen. Seit 1852 war Wagner besessener mit der Familie Wesendonck, reichen Kaufleuten, die bei Zürich ein anmutiges Besitztum besaßen. Ein lebhafter Briefwechsel und gelegentliche Besuche hatten Otto Wesendonck und seine anmutig-schöne, eben in erster Jugendblüte stehende Gemahlin Mathilde dem Meister immer näher gebracht; jetzt bot

das Paar dem Künstler einen längeren Aufenthalt bei sich an. Und so bewohnte denn Wagner vom April bis August 1857 das hübschgelegene Landhaus, das von einem prächtigen Park umgeben, so recht eine Stätte für einen Schaffenden schien.

Und hier entstand die Tristan-Dichtung und ein Teil der Musik, der wundervollsten und tiefsten, die Wagner geschrieben. Ein Werk, aus der Seele des Künstlers geschaffen, Besessenen liegt darin die tiefunglückliche und doch wieder glückliche Liebe Richard Wagners zu Mathilde Wesendonck.

Mathilde hat dieses Gefühl geteilt. Sie hat Wagner gegeben, was immer nur die Pflicht, die beide im strengsten Sinne auffaßten, erlauben mochte. Die zarte, geistvolle Frau und ihr Gatte waren Wagners Vertraute in dieser Zeit, nahmen teil an all seinem Streben und Wollen. Es war eine seltsame Harmonie, die diese drei Menschen verband. Selbstames Spiel des Zufalls: in diesem Sommer war bei Wesendonck die jungvermählte Cosima von Bülow, mit ihrem Manne zu Gast — sie, der es vom Gefühl bestimmt war, dem Meister als Mitgefährtin an seinem großen Werke ein stilles Spätglück zu beschaffen.

Eine ungeheure Leidenschaft riß Wagner zu Mathilde hin; in einem ebenso gewaltigen Kunstwerk hat er dies Gefühl abgebildet, aus sich herausgestellt und überwunden. Wie tief seine Seele damals aufgewühlt war, zeigen uns die „Fünf Gedichte“, Lieder, die er zu Texten von Mathilde — die übrigens lange als seine eigenen galten! — schrieb. „O wie dank' ich, daß du solche Schmerzen mir gegeben —“ heißt es in einem derselben.

Die Tristan-Musik ist motivisch auf diesen Liedern, die wohl das erste und unmittelbare künstlerisch-seelische Niederschreiben festhalten, zum Teile aufgebaut.

Wagner, der in unglücklicher Ehe mit einer verständnislosen und kranken Frau schmachtete, schrieb ein Jahr nach dem Liebesommer an seine Schwester: „Was mich seit sechs Jahren gestört hat, an Minnas Seite, trotz der enormen Differenzen unseres Wesens, auszuhalten, ist die Liebe jener jungen Frau, die mir Anfangs zögerte, dann aber immer bestimmter sich näherte. Und diese Liebe, die stets unausgesprochen blieb, mußte sich endlich auch offen entbilden, als ich vor'm Jahr den Tristan dichtete und ihr gab. Doch wir erkannten sofort, daß an eine Vereinigung zwischen uns nie gedacht werden dürfte; somit resignierten wir, jedem selbstständigen Wunsche entsagend, litten, duldeten, aber — liebten uns!“ — Im August begonnen, war die Tristan-Dichtung im September beendet worden. Die Widmung, „Gediegt sei Mathilde!“ läßt uns ahnen, als welche Verehrung Wagner dies Werk, das sich ihm aus tiefstem Sehnsuchtschmerz und Liebesverlangen schenkte, empfunden hat — und wie seine Seele sich neigte vor der, der er es zu danken hatte.

Aber das Jdyl ward zur Tragik. Wagners Frau, das ganze, ebenso reine wie seltsame Verhältnis glücklich mißverstehend, griff mit plumpen Händen in die zarten seelischen Beziehungen ein. Es kam zu unruhigen Auftritten — und um Mathilde vor Häßlichem, vor falschem Schein zu bewahren, blieb es für Wagner auf neue, den milden Fuß weiterzuführen auf seinem dornigen Negerpfad, der ihn dann schließlich zu den höchsten Zielen der Kunst und des Menschentums hingeführt hat.

Das Tristan-Jdyl war zur Herzenstragödie geworden. Im Herbst verließ Wagner die zürcher Stätte. Er hat Mathilde nie wiedergesehen, obwohl er noch lange Jahre hindurch in Briefwechsel mit ihr blieb.

H. Wagner.

Das uneheliche Kind in der Tschechoslowakei

Die Einrichtungen, die heute noch zur Versorgung des unehelichen Kindes in der Tschechoslowakei bestehen, gehen eigentlich in ihrem Ursprung bis in die Zeit des sogenannten aufgeklärten Absolutismus im Ausgang des 18. Jahrhunderts zurück. Damals wurde zum ersten Male versucht, die Frage des unehelichen Kindes weniger moralisch als staatspolitisch zu lösen. Das geschah fast gleichzeitig in Rußland unter Katharina II. und in Oesterreich durch Kaiser Josef II. Man begann, im unehelichen Kinde und seiner Mutter vor allem bedauernde Wesen zu sehen, denen zu helfen, Menschenpflicht ist. Josef II. rief im Jahre 1784 die erste Findelanstalt ins Leben, um Frauen, die der Geburt eines unehelichen Kindes entgegensehen, ein Heim zu schaffen, und er hat sich auch durch diese Tat als eine Ausnahmeerscheinung aus dem Geschlechte der Habsburger erwiesen. Zum ersten Male in der Geschichte trat damals der Begriff des Staatsbürgers an die Stelle des Begriffes des Untertanen, denn zum ersten Male setzte sich das Bewußtsein durch, daß das Wohl des Staates eine Folge des Wohles der Bürger sei. Das uneheliche Kind und seine Mutter wurden als besonders schutzbedürftig erkannt, und die Findelversorgung wurde vom Staate durchgeführt.

Natürlich sind die aus jener Zeit ersterten Einrichtungen nicht in der ursprünglichen Form bestehen geblieben, sondern haben sich in Anpassung an die Fortschritte der Hygiene und der

neuezeitlichen Anschauungs- und Denkwiese erheblich erweitert. Die Prager Findelanstalt, als eine der wichtigsten Glieder in der Kette des Mutter- und Säuglingswesens in der Tschechoslowakei, ist dank der ausgezeichneten Leitung des Oberdirektors Dr. Telle zu einem außerordentlich fortschrittlichen und allen Anforderungen entsprechenden modernen Institut geworden, das augenblicklich 230 Mütter und 362 Kinder beherbergt. Die Fürsorge, die Mutter und Kind in dieser Anstalt finden, steht schon vor der Geburt des Kindes ein bereits einen Monat vor ihrer Niederkunft kann die werdende Mutter die Gebäranstalt aufsuchen und dort ohne materielle Sorgen ihrer Entbindung entgegensehen. Sobald eine Frau vom Findelhaus übernommen wird, hat sie während der Zeit ihres mindestens viermonatigen Aufenthaltes für die Verpflegung und ärztliche Hilfe, die ihr dort zuteil werden, neben ihrem eigenen Kinde auch noch andere zu stillen, die dort mütterlos sind. Wohl existiert eine Vorschrift, daß sich eine Frau im Gebärhause durch eine Gebelung von 500 tschechischen Kronen vom Findelhause loskaufen kann, doch wird diese Ausnahme, die vom Erweisen der Direktion abhängt, nur in den seltensten Fällen gestattet, wenn nämlich die Stellung der Gebärenden bedroht ist, d. h. wenn sie z. B. durch ihren Aufenthalt im Findelhaus ihren Posten verlieren würde, also lediglich aus sozialen Gründen. Keineswegs jedoch ist die Geldfrage maßgebend.

Nach der Geburt des Kindes werden mit Hilfe der Vormundschaftsabteilung die rechtlichen Fragen gegenüber dem Kindesvater und der Heimatgemeinde geklärt. Die Anstalt zahlt für jeden Säugling, der nach vier Monaten in Pflege gegeben wird, monatlich eine untergehaltbezugs von 200 Kronen bis zum sechsten Lebensjahre des Kindes. Im ganzen hat die Prager Anstalt jetzt 4 000 Kinder in Pflege, für die der tschechoslowakische Staat aufkommt. Vom sechsten Lebensjahre an fällt dem Vater die Verpflichtung zu, für das Kind bis zu seinem vierzehnten Lebensjahre die Alimentation zu leisten. Ist der Vater aber nicht ermittelt worden (was leider nicht selten vorkommt), dann wird das Kind der Gemeinde übergeben und von ihr in einem Waisenhaus untergebracht, wenn die Mutter sich nicht selbst um das Kind kümmern kann. Falls die Mutter beim Verlassen der Findelanstalt das Kind mit sich nimmt, bekommt sie von der Anstalt bis zum vierten Lebensjahre des Kindes eine monatliche Unterstützung, die zuerst 50, später 30 und zuletzt 20 Kronen beträgt.

Die Anstalt macht einen sehr netten, freundlichen Eindruck. Traurig wirkt nur die Geschlechtskrankheitenabteilung. Alle Mütter und Kinder werden nach ihrer Einlieferung in die Findelanstalt einer Blutprobe unterzogen. Den Kindern wird das Blut aus der Ferse gezogen. Die Kinder dieser Abteilung tragen Merkmale der Entartung, wie Augenleiden, Fußlähmungen und andere Krankheiten, doch sind auch hier schon außerordentliche Erfolge erzielt worden. In Anbetracht aller dieser Leistungen und Erfolge und der natürlichen Zunahme der Bevölkerung und damit auch der unehelichen Geburten wäre es freilich wünschenswert, daß allmählich an geeigneten Orten mehr derartige Anstalten gegründet und ausgebaut würden. So manche werdende Mutter in der Tschechoslowakei, die sich wegen der weiten Entfernung, der erheblichen Reisekosten und der immerhin nicht unbedeutlichen Beschwerden nicht einer Reise nach Prag unterziehen kann, würde dann doch in einer ihrer Wohnorte näher gelegenen Anstalt in der Provinz für sich und ihr Kind Aufnahme und Versorgung finden können.

Dr. R. S.

Sie können den Geheimvertrag mit Mussolini nicht abstreiten.

Weber die russische Regierung bzw. die russische Volkshaft in Berlin, noch die unter Moskauer Oberleitung stehende und von dort subventionierte kommunistische Presse Deutschlands haben bisher den Versuch gemacht, das von uns behauptete Geheimabkommen Rußland-Italien zu bestreiten. Wir stellen das fest, ohne zu dem Inhalt des Vertrages Stellung zu nehmen. Er wird bei Bedarf schon das Licht der Welt erblicken.

Auch Stresemann zerschlägt Borzellan

Stresemann solidarisiert sich mit der Hindenburgrede. Genf, 24. September. (Eigener Funbericht.) Die Tannenbergrede des Reichspräsidenten dürfte heute wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses rücken; denn der deutsche Außenminister hat dem Genfer Korrespondenten des Pariser „Matin“ ein längeres Interview gewährt, in dem er seine Stellung zu der Rede präzisiert. Wie verläutet, soll Stresemann sich mit

Der „kommende Frauenstaat“.

Alfred Rosenberg, dessen Name seine zweifellos reinrassige germanische Abstammung deutlich genug erkennen läßt, gibt eine antisemitische Zeitschrift „Der Weltkampf“ heraus. Eine Nummer ist dem kommenden „Frauenstaat“ gewidmet, diesem Gebilde, das ja auf alle Völkern wie das rote Tuch auf ein bekanntes Tier wirkt. Nach Rosenberg ist die Familie keineswegs die Zelle des Staats- und Volksgedankens, trotzdem sich der Herausgeber später sehr stark für die Einde einsetzt. Die Familie — sagt er — war nie das wichtigste Erhalterin eines staatlischen, d. h. machtpolitischen und sozialen Gemeinwesens. Der Staat ist vielmehr überall Zweckverband, hervorgerufen aus dem Zusammenstoß der Krieger einer Sippe, eines Stammes, einer Horde. Der besiegte kriegerische Zweckverband wurde dem siegenden einverleibt. Danach hätte es also von Anfang an nicht die von den Völkern so stark betonte Reinerhaltung der Rasse im Staate gegeben. Von der Ehre des Begriffes Vaterland kann bei einem solchen Zweckverband wohl kaum die Rede sein. „Alles, was wir symbolisch mit Rom, Sparta, Athen, Potsdam bezeichnen, nimmt vom kriegerischen Männerbunde seinen Ausgang.“ Dieses Symbol ist der Militarismus, der allerdings keinen Platz für die Familie läßt.

Nach in Hellas hat nicht der Zerfall der Familie den Untergang der Staaten herbeigeführt, sondern die zunehmende Demokratisierung, die „einstufige Männer durch Männerbünde zu verhindern hofften.“ Die hohe Kultur zur Zeit des Perikles in Athen wird natürlich von Rosenberg ignoriert. In Rom war die Familie zwar äußerst wichtig, aber nach Rosenberg nichts anderes als ein Werkzeug des Familienvaters, der über Leib und Leben aller Mitglieder lebenslänglich verfügte. Von der erwähnten Stellung, die ursprünglich die „Mater“ in der römischen Familie einnahm, will Rosenberg nichts wissen. Als Rom zusammenbrach, wurden seine Grundzüge von einem neuen, auf Weltgeltung ausgehenden Männerbunde angenommen: von der katholischen Kirche. Ihr kirchliches System wurde durch das Judentum seiner Vertreter ein ganz extremer Männerbund, in dem die Frauen nur als dienende Elemente galten und noch heute gelten. Als Gegengewicht zu diesem galtherischen römischen System bildete sich das germanische Ritterwesen. Das römische System konnte nur durch eine andere typengleichende Kraft

beseitigt werden. „Die erwachsene zuerst im Typus des preußischen Offiziers, der 1914 zum Typus des deutschen Soldaten wurde.“ Der Sturz dieser tragenden Säule brachte auch den Zusammenbruch des Staates. Interessant ist es, daß Rosenberg auch das republikanische „Reichsbanner“ als Beispiel für die ihm unumstößliche Tatsache heranzieht, daß ein staatlischer, völkischer, sozialer oder kirchlicher Typus fast ausschließlich auf einen Männerbund und seine Justiz zurückgeht. „Die Frau, die Familie wird angegliedert oder ausgeschlossen; ihre Opferfähigkeit wird in den Dienst eines Typus gezwungen, und erst die Macht eines anderen Gedankens läßt sie auch aus dem züchtenden System, um sie als erzeugendes Element der Zerlegung zu gebrauchen.“ (Kann man einem Manne mit so viel unfreiwilligem Humor höflich sein?)

Rosenberg muß nun aber den Eintritt der Frauen ins Erwerbsleben und die Ohnmacht des durch Männerbünde so mächtigen Staates gegenüber dieser Entwicklung zugeben. Dennoch ist er mit der deutschnationalen Räte Schirmmaße darin einig, daß die moderne Frauenemanzipation auf die Dürnen der französischen Revolution zurückgeht. Das trotzdem auch völkische Frauen im Namen der „Gerechtigkeit“ politische Rechte wie die „Emanzipierten“ fordern, muß bei uns dann allerdings die gleiche Verwunderung erregen wie bei Alfred Rosenberg. Nach ihm steht die Emanzipierte nur die Frau, nicht Frau und Mann, und das 19. Jahrhundert stand hilflos dem Parlamentarismus, dem Marxismus wie dem Feminismus demokratischer Kämpfer gegenüber. Die geistig hochstehenden Frauen der Geschichte ignorieren der Verfasser, und Sapphos Kampf für Frauenfreiheit ist ihm ein plattisches Zeichen des hellenischen Unterganges. Fast immer hatten die Frauen die gleichen Möglichkeiten wie die Männer, aber es fehlt ihnen eben „jenes überbildende synthetische Schauen, das einmal für immer das Kennzeichen des männlichen Wesens ist.“

Die „verstaubte Milieutheorie“, daß der Mensch ein Produkt seiner Umgebung ist, soll nach Rosenberg nur dazu herhalten, um der Frau eine „weltanschauliche“ Stütze, ein wissenschaftliches Rückgrat zu verschaffen. Ueberhaupt nimmt er ohne weiteres an, daß die Frauen dazu fähig seien, dem Männerbunde einen Frauenbunde gegenüberzustellen. Das Welen des Staates ist ihr Recht, die nur im Kampf um Leben und Tod erhalten werden kann. Erfolgreich bedinge die Forderung nach politischer Herrschaft der Frau auch eine Frauenarmee. Das ist bereits bei einem Manne, der nur die Macht der Faust, aber keine geistige Macht anerkennen will. Was der Bestimmung des Völk, daß bei einem

Ehescheidung der schuldige männliche Teil die geschiedene Frau standesgemäß erhalten muß, während die umgekehrte Verpflichtung nicht besteht, folgert Rosenberg, daß die Frauenrechtlerinnen sich nur auf Kosten des Mannes aushalten lassen wollen. Die Bestrebungen auf Verbesserung der ungerechten gütterrechtlichen Bestimmungen bezweckne er als unverhüllte Erpressungsversuche (sein gesagt, nicht wahr?). Ferner soll die Emanzipierte die Abkennung rassistischer Schranken fordern, d. h. das Recht auf Verkehr „mit Niggeren, Juden, Chinesen“ beanspruchen. Ich weiß nicht, ob diese Forderung irgendwo aufgestellt worden ist. Jedenfalls hat es im Männerstaate kein Geheiß gegeben, das dem Manne den Verkehr mit Frauen anderer Rassen unterlag. Den Emanzipierten fehlt neben dem Ehr- und Pflichtbegriff fast jede sittliche Bildung“ (1). Freilich räumt Rosenberg ein: „Es ist das Verbrechen des Mannes, nicht mehr ganz Mann gewesen zu sein; deshalb hat auch das Weib vielfach aufgehört, Frau zu sein.“

Trotzdem sehen die Völkischen in den Frauen ihre stärksten Bundesgenossen und Stützen: „In der Predigt von der Reinerhaltung der Rasse liegt die heiligste und höchste Aufgabe der Frau.“ Im Zukunftsstaate der Völkischen gehört die Frau „selbstverständlich“ hinein in das Gemisch des Volkes. „Wir haben alle Bildungsmöglichkeiten freizugeben; für ihre körperliche Erziehung ist durch Rhythmik, Turnen, Sport die gleiche Sorgfalt anzuwenden wie für den Mann.“ Auch im Berufsleben sollen der Frau unter den heutigen sozialen Verhältnissen keine Schwierigkeiten bereitet werden; ja, die Mütterchuhgehe sollen noch strenger durchgeführt werden. Aber „nach Bedingung des völkischen demokratisch-marristischen Auslassungssystems“ (1) werden die Völkischen „einer sozialen Ordnung den Weg bahnen, die junge Frauen nicht mehr zwingt, in jenen Scharen auf den wichtigsten Frauenberufen verbrauchenden Arbeitsmarkt des Lebens zu strömen.“ Der Frau sollen alle Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Kräfte offen stehen, aber über eine muß Klarheit bestehen: Richter, Soldat und Staatslenker muß der Mann sein und bleiben.“ Der härteste Mann wird gerade nach dem Gesetz für die Frau sein, in der auf die Frau eine Haltungsänderung auf Rollenänderung und Lebensänderung stehen werden“ (Bewohl). Zur Durchführung all dieser Ideen muß ein neuer rassistischer Männerbund geschaffen werden. Dieser werden sich ja immer noch genug Frauen finden, die solche Männerbünde als höchstes Ideal ansehen und schaffen helfen.

Zentral-Theater Westendstr. 99/102.
Ab Freitag
der große historische Russenfilm
Iwan der Schreckliche
mit musikalischen Darbietungen
des Original russischen
Balalaika-Orchesters
Kostümvolles Holzprogramm 9749

TON Fährtenstr. 32
Theater des Nordens
Die Spitzenleistung
der Weltproduktion!
„Iwan, der Schreckliche“
Ein Film, den man sehen muß!
Fernseh 9750
Pat und Patachon auf hoher See
Sonntag Jugendvorstellung: Pat u. Patachon auf hoher See

Wieder erhielten wir
neue große Eingänge
in
moderner, schöner
Damenbekleidung
und bringen Ihnen nachstehend einige Beispiele
aus unseren Riesensortimenten.

Mod. Damenmäntel aus pa. Velour de laine und Flausch, in schönen Macharten, z. T. mit echt Pelzgerüst, auch in Backfischgr. vorrätl., Stück 25.00, 19.50, 15.00 **10.50**

Eleg. Damenmäntel aus Affenhaut, Ottomane und Flausch, in besten Qualität mit reich. Pelz, oder Plüschgarn., zum Teil halb gefüttert, Stück 55.00, 45.00, 35.00 **27.00**

Wollstiefel für Damen und Backfische, a. best. Rips, Rippopelne und Popeline, durchweg schöne, neuartige Fassons, z. T. mit Treppengarnierung oder hübsch. Stickereien, in vielen modernen Farben, Stück 24.00, 19.50, 15.50, 12.50 **8.95**

Frauenkleider extra weit und lang, aus pa. Popeline, Rips und Rippopelne mit Crêpe de Chine-Kragen und Weste, durchw. schöne, solide Farben u. vorneh. Verarb., St. 35.00, 29.00, 27.00 **22.50**

Elegante Balkkleider in schönen, leuchtenden Farben, aus Taffet, Eolienne, Crêpe de Chine, z. T. mit Bordüre, in flotter Verarbeitung Stück 25.50, 17.50, 15.75 **12.90**

Praktische Damenkleider aus Velour, in guter waschbarer Qualität, in schön. Farbenstellungen mit langem Arm Stück 6.75, 5.75 **4.25**

Kasaks aus prima Crêpe de Chine, weiß. Voll- u. halbvoll, Rippopelne, Waschseide und Velour, durchweg mit langem Arm, in schönen Farben, viele moderne Verarbeitungen Stück 14.50, 9.75, 5.95, 3.90 **2.75**

Kostümröcke aus Rips, Rippopelne und Popeline, Cheviot od. Tuch durchweg la Qualitäten in schwarz und marineblau . . . Stück 10.50, 8.90, 7.50 **5.50**

Seidentrikot-Unterkleider gute K-Seiden-Qualität, in reicher Farbauswahl Stück 2.75 **1.95**

Desgleichen in prima maschenfest Ausführung, St. **4.90**

Damen-Hüte

Fesche Samtlocke (w. Abbild.) m. Ripsband garniert, St. **3.75**

Jugendl. Samtkappe mit Ripsband u. Ziernadel, St. **3.75**

Flotte Damenkappe Samt mit Seide verarbeitet, St. **4.75**

Frauenhut Glocke mit Bandgarnitur und Ziernadel . . . Stück **4.75**

Filzhut weiche, flotte Form, mit Ripsband garniert . . . Stück **4.95**

Samtlocke mit Ripsband und Schnalle . . . Stück **6.75**

Filzhut mittelgroße Glocke, in schwarz und buntfarbig . . . Stück **6.95**

Für die Kleinen!
Große, schöne
Luftballons St. 10

Billeg Extraposten in
Strümpfen
Sochen
Trikotagen

Billeg Extraposten in
Herrenartikel
Damen- und Kinderwäsche
Schürzen
Herren- und Knaben-Hüte
etc.

Hoot Gibson
im
2 Schlager-Programm!
König der Cowboys! Gib mich frei!!!
12 Akte!
Die große Wild-West-Schau.
Odeon-Lichtspiele
Taschensstraße 20.

Kaiser-Lichtspiele: Wochentags: **Vormittags-Vorstellung** ab 10 Uhr.
N. Schweidnitzer Straße 19

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Keiner Bohnenkaffee
ist ein belebendes Element, er wirkt anregend auf die Lebensfunktionen des ganzen menschlichen Organismus.

Stieblers Qualitäts-Mischungen
erhalten Sie die größten Gewinne durch frisch geröstet, wodurch der Kaffee für Ergiebigkeit und Wohlgeschmack geboten ist.

Neu 3	Neu 4	Neu 5	Neu 6
1/2 kg 3.00	1/2 kg 3.40	1/2 kg 3.80	1/2 kg 4.00
1/2 kg 4.00	1/2 kg 4.20	1/2 kg 4.40	1/2 kg 2.80
1/2 kg 2.60	1/2 kg 2.40		

Obst- und Früchte-Konserven
zu, die mit ihrer Zeit rechnen, Nahrungsmittel, das bequemer ist, als Gemüse- und Obstfrüchte. Alle Sorten sind bereits konserviert und heringekommen unaität erstklassig.

Dosen à 1 kg	2.00	1.20	1.70	2.00
1/2 kg	0.80	0.40	0.50	0.80
1/2 kg	1.10	1.10	1.45	2.00
1/2 kg	0.65	0.70	0.80	0.95
1/2 kg	0.90	1.10	1.25	2.20
1/2 kg	0.80			
1/2 kg	1.20			
1/2 kg	1.20			
1/2 kg	1.50			

Feintoft

Cornedbeef, feinst. gepö. Rindfleisch, 1 Drg.-Dof., 6 Pfd. engl. Gew., 473, ausgew. 1/2 kg 0.90

Schleife Wiener-Wurst aus pasteurisiertem Rahm hergestellt 1/2 Pfund-Stück **1.95**

Reine Wiener-Wurst 1/2 Pfund-Stück **1.90**

Schwärzer Käse, großgelocht 1/2 kg **0.90**

Gruener Käse 1/2 kg **0.80**

Blauer Käse 1/2 kg **0.70**

Blauer Käse 1/2 kg **0.80**

Blauer Käse 1/2 kg **1.40**

Sträberinge Dose 1 2 4 8 St. **0.55 1.00 2.00 5.00**

Seleberinge Dose 1/2 1 4 Liter ausgew. 1/2 kg **0.55 1.00 2.00 5.00**

Sträber in Gese (Haf, Pecina, Krabben) Dose 1 Liter **1.50**

Obst und Gemüse

Reiner Ananas	1/2 kg	0.45
Reiner Ananas	1/2 kg	0.45
Reiner Ananas	1/2 kg	0.45
Reiner Ananas	1/2 kg	0.45
Reiner Ananas	1/2 kg	0.45

Obst und Gemüse

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Obst und Gemüse

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Reiner Ananas 1/2 kg 0.45

Weltkrieg
Ein historischer Film
Des Volkes Heldengang
Das größte Ereignis der Welt wird jedem Breslauer zu einem Erlebnis.
Musikalische Bearbeitung von Marc Roland
Collin dirigiert!

Als Einleitung: **Chorgesang: Heimatgebet** von Ernst Krengel
Ein Lied fürs deutsche Volk für Männerchor bearbeitet von Hugo Kaun
Uraufführung für Schlesien Freitag, den 23. September!

Wochentags: 1/25, 1/27, 1/29 Uhr!
Sonntags: 3, 3/45, 1/27, 1/29 Uhr!
Jugendliche haben bis 1/2 Uhr Zutritt!

Alle Vergünstigungen sind aufgehoben / Vereine, Korporationen, Schulen erhalten bei rechtzeitiger Anmeldung den Eintrittspreis des Einheitsverbandes der Gewerkschaften Deutschlands für 5067 Dienststellen 16888 Betriebsratsmitglieder. Von der Gesamtzahl der Mandate entfielen auf den freigewerkschaftlichen Einheitsverband 13 218 (78,38 Prozent), auf die übrigen Gewerkschaften 3 670 (21,62 Prozent), auf die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (G. d. E.) 2172 (12,89 Prozent), auf den Reichsbahn-Eisenbahner-Verband (REB) 713 (4,28 Prozent) Mandate. Der Rest verteilt sich auf verschiedene sonstige Organisationen (231 Sitze) und die unorganisierten, die 534 Sitze erhielten.

Jamaika-Rum-Verschchnitt
per Liter Mk. 3.00 3.50 4.00 5.00 6.00
Edelliköre vom Fab
per Liter Mk. 3.00 mit 3.60

Herzberg & Co.
Fabrik: Nöthenstraße 48
Zoostraße 42-47, Kleinzoostr. 2, Michaelstraße 3, Leuthenstraße 10

David Referentenführer
Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 50 Pf., enthält 16 Pl. Porto

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.
Spezialität:
Massenaufgaben
(Rotationsdruck)

Ueithweile elegante
Frad- u. Mod- Anzüge
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, L. Tel. Nr. 1301
früher Albrechtstraße.

Liederbuch

des Reichsbanners
Schwarz-Rot-Gold
mit Noten
Herausgegeben im Auftrage des Bundesvorstandes
Kartoniert 0.80 Mk.
Volkswachtbuchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 und
Neue Taschenstr. 11

Berläufe
Schneebänder
Gummi und Zubehör
billigste Preise.
Geier, Freiburger Straße 16
Ede Graupenstr. 11

Arbeitsmarkt
1 **Arbeitsbursche**
unter 16 Jahren, und
1 **Schmied**
können sich melden bei
5. Stiller, Rühnmerstraße
Reherberg 22. 796

In der
Volkswacht haben
Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen einen
großen Erfolg

Kleine Anzeigen
finden prompt, gezielte und
billige Anzeigen in der
Volkswacht, Kaufgeschäften u.
aus den Privat-Adressen.
3 Pfennige, teilt 4 Pfennige.

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
Des Prof. Dr. H. G. G.
zu beziehen durch die Volkswacht
6. Jahrgang u. 12. Heft